

Berichte



2013

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkte des Difu

4

Deutsches Institut für Urbanistik

2	Neuer Difu-Institutsleiter berufen		
	Forschungsergebnisse und Veröffentlichungen		
4	Urbane Räume in Bewegung		
6	Viele kommunale Straßenbrücken müssen neu gebaut werden		
8	Beteiligungsprozesse bieten großes Potenzial in der Verkehrsplanung		
9	Finanzierung des ÖPNV-Betriebs durch Beiträge		
10	Stadt, Raum und Gewalt in Europa seit dem 19. Jahrhundert		
11	Klimaschutz und Mobilität		
12	Neue Chancen für den Klimaschutz: Bewährte Förderschwerpunkte		
13	Öffentlichkeitsarbeit im Klimaschutz		
	Neue Projekte		
13	Baukulturbericht 2014		
14	Monitoring Soziale Stadtentwicklung Berlin		
14	Transformation des städtischen Energiesystems und energetische Stadtsanierung		
15	Doppelte Innenentwicklung		
15	Städtebauliche Wirkungsweise des §11, Abs. 3 der BauNVO		
16	Ressourcenleichte zukunftsfähige Infrastrukturen		
		Veranstaltungen und Fortbildung	
16		Deutscher Nachhaltigkeitspreis 2014: Städte & Gemeinden ausgezeichnet	
18		Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2013“	
20		Veranstaltungsvorschau auf das erste Quartal 2014	
21		Fahrradakademie bietet 2014 neue und weiterhin nachgefragte Themen	
22		40 Jahre Difu – 40 Jahre Engagement für die Städte	
23		Ombudschaften: Beschwer(d)en willkommen?	
24		Haftungsrisiko Kinderschutz	
25		Forschung für ein sicheres Wohnumfeld	
		Weitere Rubriken	
25		Kooperationsvereinbarung zwischen Difu und TU	
26		Difu aktiv-Ticker – Auswahl	
27		Neubeginn im Difu	
28		Auswahl neuer Veröffentlichungen im Difu-Inter- und -Extranet	
29		Mediennachlese – Auswahl	
30		Impressum	
31		Bestellschein	

Neuer Institutsleiter für das Difu berufen

Dipl.-Ing. Martin zur Nedden tritt die Nachfolge von Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann an

Von Dr. Stephan Articus und Helmut Dedy



Dr. Stephan Articus
Hauptgeschäftsführer und
Geschäftsführendes Präsidialmit-
glied des Deutschen Städtetages,
Vorstand des Vereins für
Kommunalwissenschaften e.V.
(Alleingesellschafter des Difu)



Helmut Dedy
Ständiger Stellvertreter des
Hauptgeschäftsführers, Leiter
des Dezernats Finanzen
Vorstand des Vereins für
Kommunalwissenschaften e.V.
(Alleingesellschafter des Difu)

Fotos: Deutscher Städtetag

Seit der Gründung des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) vor 40 Jahren arbeitet der Deutsche Städtetag (DST) eng mit dem Difu zusammen. Schließlich engagieren sich beide Institutionen in ihren unterschiedlichen Aufgabenbereichen für die gleiche gute Sache: die zukunftsfähige Entwicklung der Kommunen. Das Difu ist ein wichtiger Partner für die Kommunen, wenn es darum geht, praxisorientierte Forschungsergebnisse, Fortbildung und Beratung zu erhalten. Gerade für ein wissenschaftliches Institut der Städte ist das Wissen „wie Kommunen ticken“ essenziell. Dies gilt für die Wissenschaftler, aber mindestens genauso für die Institutsleitung.

Mit dem Leitungswechsel zum 1. November 2013 konnte das Difu erneut eine Persönlichkeit gewinnen, die genau diese wichtigen Erfahrungen mitbringt: Der neuberufene Geschäftsführer und Wissenschaftliche Direktor Martin zur Nedden ist derzeit Präsident der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL) und war zuvor Bürgermeister und Beigeordneter für Stadtentwicklung und Bau der Stadt Leipzig. Der Deutsche Städtetag freut sich sehr, dass sich die Mitgliederversammlung des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V. (Alleingesellschafter des Difu) einstimmig für Martin zur Nedden aussprach. Sie folgte damit auch den entsprechenden Voten der Berufungskommission sowie des Präsidiums des Deutschen Städtetages.

Mit Martin zur Nedden hat das Institut einen herausragenden Fachmann gewonnen, der „beide Seiten des Schreibtisches“ sehr gut kennt und sich daher hervorragend als Leiter eines Instituts eignet, das Wissenschaft und Praxis vereinen soll. Zur Nedden bringt Erfahrungen als Wissenschaftler sowie aus Kommunalverwaltung und -politik mit: Er studierte Raumplanung und Raumordnung an der TU Wien, arbeitete als Stadtplaner in verschiedenen Planungsbüros und leistete ein Referendariat der Fachrichtung Städtebau beim Bezirkspräsidium Münster ab. Weitere Stationen waren Tätigkeiten als Stadtplaner und Stellvertretender Leiter der Bautechnikabteilung in der Stadt Isernhagen, Tech-

nischer Beigeordneter der Stadt Unna, Leiter des Stadtplanungsamtes und Stadtbaurat der Stadt Bochum, bis er 2006 zur Stadt Leipzig wechselte. Im Bereich der Lehr- und Fortbildungstätigkeiten arbeitete zur Nedden u.a. für die Fachhochschule Bochum, die Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur, Leipzig, das Institut für Städtebau, Berlin, das Institut für Städtebau und Wohnungswesen, München, das Volksheimstättenwerk sowie natürlich das Difu.

Das Difu ist in ein bemerkenswertes institutionelles Netzwerk eingebunden, das für die Kommunen von hohem Wert ist: die fruchtbare Kooperation zwischen dem Difu und dem DST, die enge Bindung des Instituts zu seinen mehr als 100 Zuwerderstädten und -verbänden sowie zum Land Berlin und dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) als langjährige, wichtige Zuwendungsgeber. Hervorzuheben sind die vielfältigen gemeinsamen Aktivitäten mit dem DST, die u.a. durch die zahlreichen gemeinsamen Projekte, Veranstaltungen und Publikationen zum Ausdruck kommen. Viele Vorhaben sind zugleich auch von großem Interesse für die anderen institutionellen Zuwendungsgeber. Die Zusammenarbeit mit dem DST, aber auch mit einer Vielzahl von Institutionen auf Bundes- und Landesebene ist für die Kommunen wertvoll, und sie wird mit Sicherheit auch von der neuen Geschäftsführung weiter verfolgt.

Dem Difu ist Martin zur Nedden bereits seit langem als Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats verbunden. Er war bis Mai 2013 Vorsitzender des Bau- und Verkehrsausschusses des DST, ist Mitglied des Stiftungsrates der Bundesstiftung Baukultur und in weiteren stadtentwicklungsorientierten Institutionen und Beiräten engagiert. Unter seiner Leitung wird das Institut seine Stellung als das Forschungs-, Fortbildungs- und Beratungsinstitut der deutschen Städte an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis sicherlich weiter ausbauen und festigen.

Zur Nedden trat die Nachfolge von Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann an, der das größte Stadtforschungsinstitut im deutsch-

sprachigen Raum seit Herbst 2006 leitete und mit dem 65. Lebensjahr Ende Oktober auschied.

Beckmanns Wirken kann als zukunftsorientiert, kompetent und verlässlich umschrieben werden: Ob demografischer Wandel, veränderte Beteiligungskultur, Finanzkrise, technologische Entwicklung, Klimawandel oder europäische Integration – Klaus Beckmann ging es stets darum, die für Städte relevanten „Mega-Trends“ zu erfassen und notwendige Folgerungen für die Ausrichtung der Difu-Forschungsthemen zu ziehen. Während seiner Tätigkeit als Institutsleiter hat Beckmann mit großem persönlichen Einsatz dafür gesorgt, dass die einmalige Verbindung von Wissenschaft und Praxis im Dienste der Städte erhalten und vertieft wird. Die breite Anerkennung, die das Institut heute bei Städten, Bundesressorts, Landesministerien, wissenschaftlichen Kooperationspartnern und zahlreichen Verbänden, bei Politik und Medien findet, gilt auch seiner Person. Dieser Reputation und dem großen persönlichen Einsatz ist es zu danken, dass trotz der insgesamt nicht einfachen Rahmenbedingungen weitere Städte dem Kreis der Zuwender des Difu beigetreten sind.

Professor Beckmann hat die Leitung des Difu 2006 in einer Phase der Umstrukturierung und „Ausgründung“ als gemeinnützige GmbH übernommen. Mit seinem beispielgebenden Engagement hat er dazu beigetragen,

dass das Institut auch diese Herausforderungen erfolgreich gemeistert hat – dass die notwendigen Anpassungsschritte vollzogen werden konnten und zugleich die Motivation und Leistungsbereitschaft aller Beteiligten erhalten blieb.

Die stete Präsenz von Professor Beckmann in den maßgeblichen Gremien und Ausschüssen des DST hat entscheidend dazu beigetragen, die Abstimmung der Forschungsschwerpunkte des Difu mit den Bedürfnissen der Städte und Gemeinden voran zu bringen. Die Kooperation mit dem Deutschen Städte- tag wurde durch zahlreiche gemeinsam betriebene Projekte, Veranstaltungen und Publikationen vertieft. Aber auch der beachtliche Bestand an Drittmittelprojekten, welche das Difu im Interesse der Städte akquirieren konnte, ist wesentlich ein Ergebnis seiner vielfältigen Bemühungen um eine Ausweitung der Forschungsbasis des Instituts.

Prof. Dr. Klaus J. Beckmann hat in seiner Zeit als Difu-Chef maßgeblich dazu beigetragen, dass die Perspektive des Instituts heute besser denn je ist. Dafür gebührt ihm der Dank des Deutschen Städtetages.

Als Präsident der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) bleibt Prof. Dr. Klaus J. Beckmann weiterhin der kommunalbezogenen Forschung und Praxis verbunden.



Übergabe des digitalen Haustürschlüssels vom Vorgänger (l.) an den Nachfolger (r.)

Foto: Sybille Wenke-Thiem

Urbane Räume in Bewegung

Difu-Sonderveröffentlichung beleuchtet Geschichte, Situation und Perspektive von Stadt



Urbane Räume verändern sich kontinuierlich, Strukturen, Sicht- und Organisationsweisen sind unablässig in Bewegung. Der Titel der neuen Difu-Sonderveröffentlichung steht für diese vielfältigen Prozesse. In dem Sammelband hat das Deutsche Institut für Urbanistik wissenschaftliche und praxisbezogene Originalbeiträge zur Geschichte, Situation und Perspektive von Stadt in Deutschland am Beginn des 21. Jahrhunderts erstveröffentlicht – Stadt als Ort vielgestaltiger Lebenslagen, als gesellschaftliches Handlungsfeld, als physischer Raum.

Mit dieser Sonderveröffentlichung wird zugleich das Wirken von Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann im Themenbereich Stadt

anlässlich seines 65. Geburtstags gewürdigt. Beckmann hat in vielerlei Funktionen und Positionen – seit 2006 und bis Oktober 2013 als Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer des Difu – den Blick auf Stadt in Wissenschaft, Politik und kommunaler Praxis wesentlich mitgeprägt und erweitert.

Namhafte Autoren aus den Wissenschaften, die sich mit Stadt und deren komplexen gesellschaftlichen, ökonomischen und soziokulturellen Entwicklungen befassen, aus Politik und (kommunaler) Praxis haben zu dem Band jeweils abgeschlossene Beiträge beigesteuert, die sich sieben thematischen Rubriken zuordnen lassen.



Foto: Busso Grabow

Alle haben überdies biographische Bezüge zu Klaus J. Beckmann, dessen Wirken und Werken, und viele von ihnen sind, wie Beckmann selbst, in ihren professionellen Wegen quasi Grenzgänger zwischen Wissenschaft und Praxis.

In der Rubrik „Gebaute Stadt: Urbane Strukturen in Bewegung“ werden Themen wie Stadt-Umland-Beziehungen, Smart Cities, Stadtentwicklung in der DDR, Zwischennutzungen und die internationale Sicht auf die städtische Entwicklung in Deutschland aufgegriffen. Als Autoren hierfür konnten Folkert Kiepe, Ludwig Krause, Elke Pahl-Weber, Christiane Thalgott, Sigurd Trommer und Stephan Reiß-Schmidt gewonnen werden.

Die Abhandlungen im Themenbereich „Sozialer Zusammenhalt“ – sie stammen von Ulrich Hatzfeld, Jochen Lang, Engelbert Lütke Daldrup, Robert Sander und Martin zur Nedden – widmen sich der Stadt als Lebensort im Wandel. Sie untersuchen beispielsweise, welche Rolle der Städtebauförderung und der integrierten Stadtentwicklung für die Stadtgesellschaft zukommt, Stichwort und Leitmotiv hier: „Zusammenwachsen statt auseinanderdriften“.

Um Bürgerbeteiligung und Mitwirkungsmöglichkeiten im Rahmen der Zivilgesellschaft geht es in einem eigenen Themenbereich. Große Infrastrukturprojekte wie Stuttgart 21 werden dabei genauso in den Blick genommen wie Referenden und Initiativen in der Schweiz, die Governance von internationalen Metropolen ebenso wie das Gestalten eines Stadtjubiläums durch die Bürgerschaft einer Mittelstadt. Eindrucksvoll wird hier von den Autoren Ulrich Battis, Stephanie Bock, Martin Haag, Stefan Köhler, Erika Spiegel und Dirk Vallée dargestellt, wie Bürger Stadt auf vielfältige Weise tatsächlich „bewegen“.

Busso Grabow, Jens Libbe, Werner Rothengatter und Christian Specht greifen in ihren Essays Fragen zu kommunalen Finanzen, Investitionen und verschiedenen Infrastrukturen auf. Sie konstatieren dabei – bei allen Engpässen, Widrigkeiten und Hemmnissen – einen Richtungswechsel in Politik und Verwaltung hin zu mehr Nachhaltigkeit, strategischer Steuerung und Wirkungsorientierung, ein optimistischer Befund also.

Wie notwendig und hilfreich Veränderungen – „neues Denken, neue Wege“ – gerade in Sachen Mobilität und Verkehr sind, machen die Aufsätze im sechsten Themenkapitel deutlich. Für diese „Bewegungen“ stehen

z.B. das Prinzip „Nutzen statt besitzen“ in der Automobilität, die „Pedelektisierung“ im Radverkehr, neue Sichtweisen in Mobilitätsforschung und Verkehrsplanung wie etwa eine stärkere Fokussierung auf Familienmobilität und das Mobilitätsverhalten im Fernverkehr. Die Beiträge stammen von namhaften Mobilitätsexperten aus Verkehrswissenschaft und kommunaler Verkehrsplanung: Gerd-Axel Ahrens, Reinhold Baier, Manfred Boltze, Tilman Bracher, Christian Holz-Rau, Juliane Krause und Manfred Wermuth.

„Klimaschutz und Ressourcen – Bereit zur Wende?“ In dieser Themenrubrik untersucht Carsten Gertz, wie die steigenden Energiepreise die Stadt- und Verkehrsplanung herausfordern, Michael Krautzberger nimmt die Auswirkungen von Klimawandel und Klimaschutz auf den Städtebau in den Blick, und Cornelia Rösler arbeitet heraus, wie sich kommunaler Klimaschutz ökologisch und ökonomisch rechnet.

Als letztes „Großthema“ wird in dem Band die Raumordnung mit der Frage aufgegriffen, wie und was sie zur Planbarkeit von städtischer Dynamik, etwa bei der Einzelhandelsentwicklung, beitragen kann. Zum Thema liefern Arno Bunzel, August Ortmeier, Peter Runkel und Werner W. Köhl in ihren Aufsätzen weiterführende und durchaus kontroverse Meinungen.

In der Gesamtsicht wirft der mit zahlreichen Fotos und Abbildungen versehene, 418 Seiten starke Band damit Schlaglichter auf einige der großen Herausforderungen, denen sich städtische Gesellschaften heute gegenübersehen. Es ist gerade die bisweilen essayistische und immer wieder sehr subjektive Herangehensweise, die es den Autoren erlaubt, auch unkonventionelle Ansichten und Vorschläge zu unterbreiten – ein Gewinn somit gerade für jene Leser, die umfassend und mit Blick auf die Stadt als ganze angeregt werden wollen.

Als Herausgeberteam zeichnen für die Publikation verantwortlich Dipl.-Volkswirt Tilman Bracher, Dr.-Ing. Arno Bunzel, Dr. rer. pol. Busso Grabow, Dipl.-Geogr. Anne Klein-Hitpaß, Susanne Plagemann, M.A., Sybille Wenke-Thiem (alle Difu) sowie Univ.-Prof. Dr. Gerd-Axel Ahrens (TU Dresden).

Weitere Informationen:

Telefon: 030/39001-253
E-Mail: vertrieb@difu.de

Bestellung:

siehe Bestellschein

Viele kommunale Straßenbrücken müssen neu gebaut werden

Notwendiger Investitionsbedarf bis 2030 für den Ersatzneubau der Brücken liegt bei rund 16 Milliarden Euro

Ein großer Teil der Straßen in Deutschland befindet sich in der Baulastträgerschaft der Kommunen. Städte, Kreise und Gemeinden sind daher für Bau, Unterhalt und Betrieb zuständig und müssen die Kosten dafür tragen. Dies gilt nicht nur für Straßen, sondern auch für Straßenbrücken. Die rund 67.000 Straßenbrücken, für die die Kommunen zuständig sind (neben Gemeinde- und Kreisbrücken sind das in größeren Orten auch Brücken an Ortsdurchfahrten von Landes- und Bundesstraßen), befinden sich häufig in schlechtem oder nur gerade noch ausreichendem baulichen Zustand. Nach einer aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) müssen viele dieser Brücken bis zum Jahr 2030 entweder saniert oder sogar komplett neu gebaut werden. Die dafür notwendigen Investitionsmittel für den Ersatz von Brücken beziffert das Institut auf rund elf Milliarden Euro bis 2030, hinzu kommen – grob geschätzt – noch etwa fünf bis sechs Milliarden Euro für den Ersatz von Brückenteilen („Sanierung“).

Knapp die Hälfte der kommunalen Brücken weist schlechte Zustände auf (Noten ab 2,5 und höher). Schlechte Zustandsnoten der

kommunalen Straßenbrücken sind überproportional häufig in den neuen Bundesländern und in kleinen Gemeinden zu finden. In großen Städten besteht vor allem bei langen Brücken erheblicher Ersatzneubaubedarf.

Mit der im Auftrag des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie (HDB), des Bundesverbandes Baustoffe – Steine und Erden (BBS) und der Wirtschaftsvereinigung Stahl (WV Stahl) erstellten repräsentativen Difu-Studie liegen erstmals deutschlandweit belastbare Daten zur Zahl, Länge, Fläche sowie zum Zustand der Straßenbrücken in kommunaler Baulast vor.

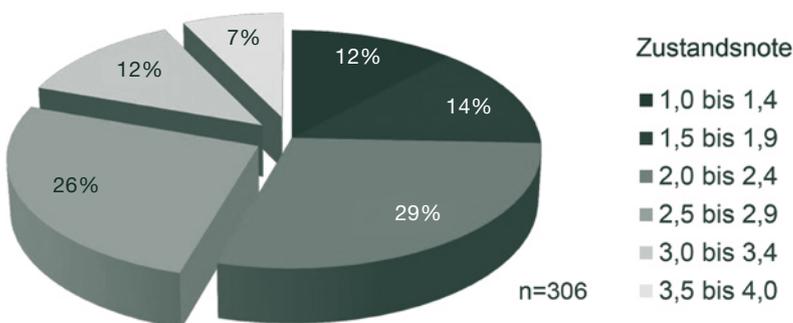
Der Sanierungs- und Erneuerungsbedarf betrifft Kommunen deutschlandweit gleichermaßen. Sind im Osten überproportional viele Brücken betroffen, die vor 1945 gebaut wurden, so befinden sich im Westen viele Brücken mittlerweile „im kritischen Alter“ und müssten bald erneuert werden. Laut Studie müssen rund 10.000 (15 Prozent) der Brücken in Kommunen komplett ausgetauscht werden, dies ist aber bisher nach Auskunft der befragten Kommunen nur bei etwa der Hälfte tatsächlich bereits geplant und führt grob geschätzt zu einem jährlichen Investitionsdefizit von 500 Millionen Euro.

Unterlassener Ersatzneubau hat erhöhte Instandsetzungsausgaben zur Folge und kann zu Verkehrseinschränkungen führen. Der durch Brückensperrungen entstehende Ausweichverkehr hat wiederum negative Auswirkungen auf andere kommunale Straßenbrücken: So verursacht beispielsweise die Sperrung der Leverkusener Autobahnbrücke eine dreifache Verkehrsbelastung der Mülheimer Brücke in Köln.

Kleine Gemeinden haben gemessen an der Einwohnerzahl überproportional viele Brücken mit „Ersatzneubaubedarf“ und damit den höchsten Investitionsbedarf pro Kopf. Absolut gesehen haben allerdings Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern den höchsten Investitionsbedarf, da sie mehr und größere Brücken besitzen. Besonders hohen Ersatzneubaubedarf haben die Kommunen in Nord-



Brücken nach Zustandsnoten

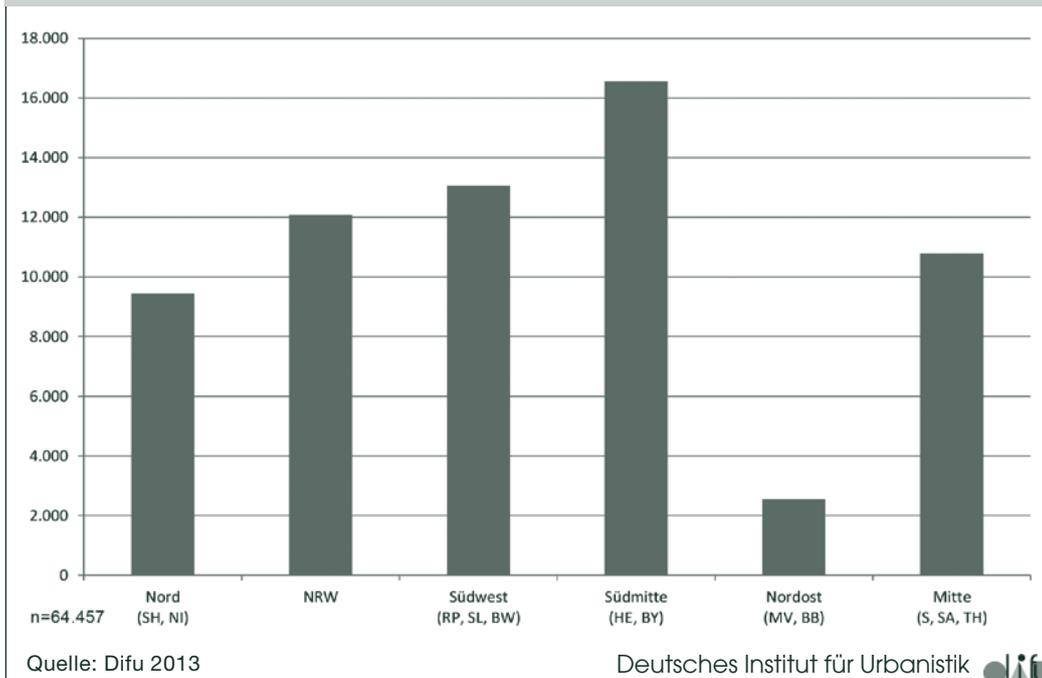


Knapp die Hälfte der kommunalen Brücken weist nur noch ausreichende (Note 2,5 bis 2,9) oder schlechte Zustände auf (Noten ab 3,0 und höher). Schlechte Zustandsnoten existieren überproportional häufig in den neuen Bundesländern und in kleinen Gemeinden.

Quelle: Difu-Umfrage „Ersatzneubau kommunaler Straßenbrücken“ 2013

Deutsches Institut für Urbanistik

Anzahl Brücken in kommunaler Baulast nach Regionen



rhein-Westfalen – u.a. aufgrund überdurchschnittlich vieler Brücken mit hoher Verkehrsleistung – sowie ostdeutsche Kommunen.

Diese angesichts der hohen Modernisierungsinvestitionen in den neuen Bundesländern überraschende Diagnose ist einfach zu erklären: Investitionsprogramme der neuen Bundesländer bezogen sich vorrangig auf Fernverkehrswege (z.B. Verkehrsprojekte Deutsche Einheit). Bei der Straßeninfrastruktur der Kommunen gibt es jedoch weiterhin erheblichen und überproportionalen Nachholbedarf, da auch das Städtebauförderprogramm „Stadtumbau Ost“ vor allem wohnungswirtschaftlich angelegt war und kaum Maßnahmen zum Rückbau oder zur Erneuerung von technischen Infrastrukturen förderte. So konnten Hauptverkehrsstraßen allenfalls mit dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz finanziert werden.

Die Unterfinanzierung der Kommunen beim Erhalt und Ausbau der Straßeninfrastruktur ist evident. Straßenbrücken sind komplexe und sehr teure Ingenieurbauwerke. Der jetzige Investitionsstau stellt jedoch zunehmend eine Gefahr für die Leistungsfähigkeit des Straßensystems in Deutschland dar. Hier entsteht dringender Handlungsbedarf. Ein mehrjähriges Brückenerneuerungsprogramm könnte den Investitionsstau auflösen, der insbesondere durch eine Häufung des vorzeitigen Ablaufs der Lebensdauer von Brücken aus den 50er- bis 70er-Jahren resultiert. Mittel- und langfristig müssen aber andere Finanzierungsmodelle entwickelt werden.

Für die Studie wurden teilweise neue methodische Vorgehensweisen gewählt, da die bisherige Datenlage für die kommunale Straßeninfrastruktur unzureichend ist. Um die Zahl der kommunalen Straßenbrücken belastbar zu ermitteln, wurden erstmalig und in einem neuartigen Verfahren Daten aus geografischen Informationssystemen (GIS-Daten – OpenStreetMap) ausgewertet. Nach einer Methodenanalyse wurde ein flächenbezogener Ansatz zur Hochrechnung der Kosten für den Ersatzneubau gewählt. Die hier vorgenommene Hochrechnung geht insofern weiter als bisherige Studien, da sie auf den beschriebenen neu erschlossenen Datenquellen zu kommunalen Straßenbrücken fußt. Grundlage der Hochrechnung sind außerdem die Kenntnisse von Fachleuten in den befragten Kommunen über den Umfang des notwendigen Ersatzneubaubedarfs bis zum Jahr 2030.

Der Studie lag eine umfangreiche Kommunalbefragung bei etwa 2.000 Städten, Kreisen und Gemeinden zugrunde. Darin wurde nach Einschätzungen der kommunalen Brückenexperten zum Ersatzneubaubedarf und zur Struktur der kommunalen Straßenbrücken gefragt. Mit Antworten aus 500 Kommunen zur Situation der Straßenbrücken insgesamt (die etwa 14.000 Straßenbrücken repräsentieren) und ebenfalls vertiefenden Angaben zu knapp 500 einzelnen Brücken sind die Ergebnisse repräsentativ für die kommunalen Straßenbrücken in Deutschland.

Weitere Informationen:
Dr.-Ing. Wulf-Holger Arndt
Telefon: 030/39001-252
E-Mail: arndt@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

Beteiligungsprozesse bieten großes Potenzial in der Verkehrsplanung

Der Aufbau eines nachhaltigen Stadtverkehrssystems benötigt über die gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren hinaus auch die Beteiligung der Bürger. Auch Projekte, die der umweltfreundlichen Mobilität dienen, lösen häufig Kontroversen aus. Beteiligungsprozesse sollen den Rückhalt von Verkehrsprojekten in der Bevölkerung verbessern und gleichzeitig auch das dort vorhandene Wissen in die Planung einbringen. Dabei soll die Einbeziehung der Öffentlichkeit in einer frühen Phase erfolgen: Anlass genug, um im Rahmen einer Fachtagung aktuelle Fragen zur Bürgerbeteiligung zu beleuchten, gute Praxisbeispiele zu diskutieren und Raum zur Diskussion zu geben.

Diese vierte Tagung der Reihe „kommunal mobil“ war eine gemeinsame Veranstaltung von Umweltbundesamt (UBA) und dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) unter Mitwirkung des Deutschen Städtetages. Die ursprünglich für den Juni in Dessau-Roßlau geplante Tagung musste aufgrund des Hochwassers an Elbe und Mulde auf den 26. und 27. September verlegt werden.

Uwe Brendle, Leiter der Abteilung „Verkehr und Lärm“ im UBA, eröffnete die Tagung und moderierte den ersten Veranstaltungstag. Tilman Bracher, Bereichsleiter Mobilität und Infrastruktur im Difu, begrüßte die Teilnehmer auf der Abendveranstaltung im Luisium, einem Teil des Gartenreiches Dessau-Wörlitz (UNESCO-Welterbe) und moderierte den zweiten Veranstaltungstag.

Nicht alle Beteiligungsfahren führen zum Konsens. Bürgerbeteiligung braucht gegenseitigen Respekt und klare Erläuterungen, was die Ziele und wo die Grenzen der Beteiligung sind. Dabei sollte die Kommunalverwaltung klar kommunizieren, inwieweit ein Vorhaben beeinflussbar ist und welche Regeln es für das Verfahren gibt. Damit Bürgerbeteiligung sinnvoll ist und überhaupt angenommen wird, muss es auch Entscheidungsspielräume geben.

Auch der Dialog zwischen Verwaltung und Bürgern ist wichtig, hier ist zügiges Handeln und zeitnahe Feedback an die Bürger gefragt. Hierarchiedenken in der Verwaltung sollte hierzu hinterfragt und überwunden werden. Wege der Bürgerbeteiligung – online und offline – können zudem effektiv „cross-medial“ miteinander verbunden werden. Während früher „Frontal-Unterricht“ üblich war, wird mittlerweile – wie auch in den auf der Tagung vorgestellten guten Beispielen – verstärkt der Dialog praktiziert.

„Bürger informieren und beteiligen“ ist immer eine große Herausforderung. Kommunen stoßen sehr oft an ihre personellen, zeitlichen und finanziellen Ressourcen. Die Annahme, es handle sich um eine wenig aufwändige Zusatzaufgabe, stellt sich oft als Irrtum heraus. Dennoch ermöglicht die Beteiligung der Bürger und anderer Stakeholder der Politik den Zugriff auf wertvolles und belastbares Orientierungswissen. Bei großen Anliegen sind repräsentative Befragungen empfehlenswert.

Die Beispiele aus Tübingen und Bremen, Frankfurt a. M. und Leipzig, Berlin, Mainz, aus der Region Hannover und aus weiteren Kommunen zeigten, wie unterschiedlich stark die praktizierten Ansätze der Zusammenarbeit von Bürger, Verwaltung und Politik sind. In Deutschland ist die Beteiligungskultur im europäischen Vergleich mit den Nachbarländern relativ gut etabliert. Im Hinblick auf die mittel- bis langfristige Perspektive stellt sich die Frage, wie man von „Inseln der Beteiligung“ für bestimmte Projekte zu einer echten Beteiligungskultur kommt.



Weitere Informationen:
Dipl.-Geogr. Martina Hertel
Telefon: 030/39001-105
E-Mail: hertel@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

Abstracts der Vorträge:
<http://www.difu.de/veranstaltungen/2013-09-26/kommunal-mobil-beteiligungsprozesse-unterschaetztes.html>

Abschlusspanel

Foto: Martina Hertel



Finanzierung des ÖPNV-Betriebes durch Beiträge

Difu prüft neues Finanzierungsmodell für den ÖPNV

Die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs durch Bund, Länder und Kommunen ist derzeit nicht gesichert. Trotz kontinuierlicher Fahrpreiserhöhungen und Effizienzmaßnahmen fehlt es zunehmend an Mitteln zur Finanzierung des laufenden Betriebs, d.h. vor allem auch eines attraktiven ÖPNV-Angebots. Gründe hierfür sind beispielsweise die steigenden Aufwendungen für Kraftstoffe und die vielerorts rückläufigen Schülerzahlen und die damit sinkende Nachfrage. Während politisch akzeptierte Spielräume von Tarif- bzw. Preiserhöhungen bereits weitgehend ausgeschöpft sind, sinkt in den Kommunen die Finanzkraft im steuerlichen Querverbund der Stadtwerke-Unternehmen als wichtige Stütze der ÖPNV-Finanzierung.

In ihrer Rolle als Aufgabenträger stehen Kommunen in der Finanzverantwortung für die Bestellung des ÖPNV-Angebots, das im Nahverkehrsplan für die „ausreichende Verkehrsbedienung“ als notwendig erachtet wird. Nur selten kann dieses Angebot eigenwirtschaftlich durch die Verkehrsunternehmen erbracht werden, so dass der Aufgabenträger den Betrieb bezuschussen muss. Dazu reichen die aus Steuern und allgemeinen Zuweisungen verfügbaren Haushaltsmittel angesichts einer großen Zahl weiterer Aufgaben jedoch nicht aus. Um ein attraktives ÖPNV-Angebot „bestellen“ zu können, und auch für den Erhalt der Infrastruktur, benötigen die Kommunen zusätzliche Mittel.

Der ÖPNV hat neben seinen Fahrgästen, die einen unmittelbaren Nutzen aus der Inanspruchnahme des Angebots ziehen, auch viele weitere indirekte Nutzer. Diese werden üblicherweise als Drittnutzer bezeichnet. Sie nehmen zwar die Angebote nicht selbst in Anspruch, könnten dies aber bei Bedarf, z.B. bei einem Defekt des eigenen Autos oder als Alternative bei Regen, Schnee oder Glatteis tun. Neben diesen potenziellen Nutzern gibt es weitere Nutznießer, die beispielsweise von den Fahrgästen des ÖPNV als Kunden, Besucher oder Mitarbeiter profitieren. Umweltbelastung und Flächeninanspruchnahme verringern sich, es gibt weniger Staus und Konkurrenz um knappen Straßenraum sowie Parkplätze, wenn auf den eigenen PKW verzichtet und der ÖPNV genutzt wird. Daher gibt es gute Argumente, auch die davon

profitierenden Drittnutzer, an der ÖPNV-Finanzierung zu beteiligen und zu prüfen, wie ein entsprechendes Instrument ausgestaltet werden könnte.

Im In- und Ausland existieren verschiedene Beispiele für eine Finanzierung des ÖPNV unter Einbeziehung von potenziellen Nutzern und Nutznießern. Mit ihrem Semesterticket finanzieren Studenten in Deutschland – unabhängig davon, ob sie den ÖPNV selbst auch nutzen wollen – vielerorts bereits mit den Pflichtbeiträgen den ÖPNV mit. Frankreich hat z.B. eine Nahverkehrsabgabe als Steuer für die Arbeitgeber, die neben der Infrastrukturinvestitionsfinanzierung eine wesentliche Stütze des ÖPNV-Angebots sind.

Vor dem Hintergrund, dass in Deutschland zusätzliche Belastungen der Arbeitgeber kaum umsetzbar sind, hat das Difu Möglichkeiten für die Einführung eines ÖPNV-Beitrages geprüft. Als Beitragspflichtige kommen unterschiedliche Gruppen in Frage, denen öffentliche Einrichtungen einen besonderen Vorteil gewähren. So wäre es denkbar, die Einwohner einer Stadt oder Gemeinde als beitragspflichtigen Personenkreis für einen ÖPNV-Beitrag festzulegen.

Nach deutschem Recht lässt sich ein Nahverkehrsbeitrag als regelmäßiger Pflichtbeitrag festsetzen, wenn Beitragszahler dafür eine adäquate Gegenleistung bekommen. Die kostenlose oder ermäßigte ÖPNV-Nutzung wäre so eine adäquate Gegenleistung. Die Berechtigten könnten einen Berechtigungsausweis erhalten, mit dem der ÖPNV in einem bestimmten Gebiet – generell, oder nur zu bestimmten Zeiten – zum ermäßigten Tarif oder unmittelbar genutzt werden kann. Ein ausreichend bemessener Nahverkehrsbeitrag könnte damit eine verlässliche finanzielle Basis für den ÖPNV-Betrieb schaffen, tarifliche Zugangsbarrieren zum ÖPNV abbauen und auf Seiten der Verkehrsunternehmen zu Kosteneinsparungen durch reduzierte Vertriebskosten führen. Da der ÖPNV bei niedrigeren Tarifen bzw. kostenloser Nutzung auch stärker genutzt werden dürfte, gilt es hier auch, die Kosten der benötigten zusätzlichen Kapazitäten mit zu kalkulieren.

Finanzierung des ÖPNV durch Beiträge



Weitere Informationen:

Dipl.-Volkswirt Tilman Bracher
Telefon: 030/39001-260
E-Mail: bracher@difu.de

Dr. phil. Jürgen Gies
Telefon: 030/39001-240
E-Mail: gies@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

Foto: Busso Grabow

Stadt, Raum und Gewalt in Europa seit dem 19. Jahrhundert



Die aktuelle Ausgabe der „Informationen zur modernen Stadtgeschichte“ trägt mit dem Thema „Stadt, Raum und Gewalt“ der Tatsache Rechnung, dass physische Gewalt als eines der brisantesten Probleme moderner Gesellschaften vorrangig in Städten auftritt und damit ein wesentlich städtisches Phänomen ist. Die Herausgeber Klaus Weinhauer (Bielefeld) und Dagmar Ellerbrock (Berlin) betonen einleitend, dass sich die ältere Forschung vielfach auf Teilaspekte, wie z. B. die Polizei oder Jugendgewalt, konzentrierte und die „Spezifik urbaner Faktoren“ bei der Entstehung und Ausprägung von Gewalt nicht systematisch untersuchte. Als wesentliche Fragestellungen heben sie unter anderem die konstitutive Rolle von Medien, Zuschauern sowie von kulturellen Deutungsmustern für die gesellschaftliche Wahrnehmung und Behandlung von Gewalt hervor. Daran anschließend skizziert zunächst Richard McMahon (Edinburgh) den Stand der anglo-amerikanischen Forschung. Er grenzt sich unter anderem kritisch von Thesen ab, mit denen städtische Lebensverhältnisse entweder als pazifizierend dargestellt oder aber Städte als Brutstätten von Gewalt denunziert würden. Vielmehr gelte es, Wechselwirkungen zwischen Stadt und Land sowie zunehmende transnationale Einflüsse zu erfassen. Der Beitrag Florian Graf (Gießen) zur Gewalt im Barcelona der frühen 1930er-Jahre hebt unter anderem die Rolle politisch motivierter Gewalt sowie das spezifische „Gewaltprofil“ der katalanischen Metropole im Unterschied etwa zu Madrid hervor. Aspekte der Alltagsgeschichte städtischer Gewalt aus stärker ethnographischer Perspektive rekonstruiert Herbert Reinke (Wuppertal) anhand von Eintragungen in den Reviertagebüchern der Berliner Polizei aus den 1930er-Jahren. Ebenfalls am Berliner Beispiel zeigt Malte Zierenberg (Berlin) die schrittweise Rückkehr ziviler städtischer Umgangsformen, die nach 1945 auf dem Schwarzmarkt nach und nach wieder etabliert wurden.

Der erneuten Zunahme von Jugendgewalt seit den 1960er-Jahren widmet sich Michael G. Esch (Düsseldorf), der das Erstarken der Hooligan-Bewegung in polnischen Städten sowie deren spezifische Ausdrucksformen, wie z. B. Graffiti, untersucht. Anja Johansen (Dundee) kann in ihrem Vergleich von Todesfällen durch Polizeigewalt in britischen Städten seit dem späten 19. Jahrhundert unter anderem zeigen, wie stark sich in jüngster Zeit die Deutungshoheit im Streit um städtische Gewalt durch die zunehmende Dokumentation solcher Vorfälle über Videoaufnahmen oder Mobiltelefone verschoben hat. Der Themenschwerpunkt wird abgeschlossen mit der Leitrezension Klaus Weinbauers, der sich mit Oscar Newmans Buch „Defensible Space. Crime Prevention Through Urban Design“ einem Klassiker von anhaltender Aktualität widmet.

In der Rubrik „Forum“, die Aufsätze außerhalb des Themenschwerpunkts präsentiert, diskutiert Friedrich Lenger (Gießen) die Stärken und Schwächen des derzeit viel diskutierten soziologischen Ansatzes der „Eigenlogik“ von Städten, insbesondere mit Blick auf dessen Eignung für die geschichtswissenschaftliche Forschung. Dieser Rubrik schließen sich wie immer Berichte zu wichtigen stadthistorischen Tagungen der jüngsten Zeit an. Zu diesen zählen die Konferenz der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg über das Verhältnis von Stadt und Globalisierung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Catarina Caetano da Rosa), die Sektion zu Formen des städtischen Wandels in Osteuropa und dem globalen Süden auf der „RC21“-Tagung der International Sociological Association (ISA) in Berlin (Monika Grubbauer und Joanna Kusiak) sowie die Konferenz zur Geschlechtergeschichte der europäischen Stadt seit dem Mittelalter in Odense/Dänemark (Anna Mazanik). Abschließend berichten Michael Peterek über die 5. Hessenkonferenz zur Stadtforschung an der Fachhochschule Frankfurt am Main sowie Christoph Strupp über den Workshop „Pfadkonzepte in der Stadtgeschichte?“ der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung (GSU) an der Helmut-Schmidt-Universität, Hamburg. Wie immer schließt das IMS-Heft mit einem Ausblick auf wichtige stadthistorische Konferenzen der nächsten Zeit ab.

Weitere Informationen:

PD Dr. Christoph Bernhardt
E-Mail: bernhardt@irs-net.de

Bestellung:

siehe Bestellschein

Graffiti der „Ultras“ des polnischen Fussballvereins Lech Poznan

Foto: Michael G. Esch, Berlin



Klimaschutz und Mobilität

Praxisbeispiele, die etwas bewegen

Das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) steht Kommunen rund um das Thema Klimaschutz zur Seite. Mit den in der Reihe „Themenhefte“ veröffentlichten Publikationen greift das beim Difu angesiedelte SK:KK verschiedene Handlungsfelder des kommunalen Klimaschutzes auf. Nach Themen wie Abfallwirtschaft, Unternehmen oder Biodiversität widmet sich die neueste Veröffentlichung der Themenhefte dem Bereich Mobilität.

Anders als in anderen Sektoren konnte der Ausstoß klimaschädlicher Emissionen im Verkehr in den vergangenen Jahren in Deutschland nicht gesenkt werden. Dabei lassen sich etwa 95 Prozent der gesamten verkehrlichen Emissionen allein dem Straßenverkehr zuordnen. Bei der Mobilität muss sich also noch besonders viel „bewegen“, denn die Entwicklung der Verkehrsleistung, die prognostizierten Zuwächse und die Möglichkeiten für Synergien zeigen, dass Mobilität für den Klimaschutz besonders wichtig ist und eine besondere Herausforderung darstellt.

Eine Vielzahl von Regelungen und Maßnahmen können auf europäischer Ebene, auf Bundes-, Landes- und nicht zuletzt auf kommunaler Ebene ergriffen werden. Die Kommunen in Deutschland befinden sich dabei in schwierigem Fahrwasser, denn sie sind auch auf flankierende Maßnahmen von Bund und Ländern angewiesen. Zudem fehlt heute vielen Kommunen die finanzielle Basis für Investitionen in Zukunftsaufgaben des Verkehrs. Das Bundesumweltministerium (BMU) bietet hier über die Kommunalrichtlinie im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative für Teilbereiche Förderungen an (siehe Artikel zur Novellierung der Kommunalrichtlinie auf Seite 12).

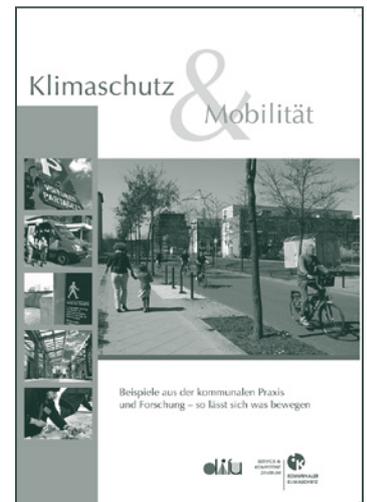
Für ein zukunftsfähiges, klimaschonendes Verkehrssystem und die massive Reduktion der im kommunalen Verantwortungsbereich liegenden Verkehrsemissionen bestehen bereits vielfältige Konzepte, Blaupausen sowie große und kleinere Beispiele aus der Praxis. Wenn die Konzepte in die Köpfe, die Blaupausen in die Umsetzung gehen und die Beispiele multipliziert werden, dann bleiben die Kommunen Gestaltende und werden nicht Getriebene des Wandels. Wenn der Verkehr verringert wird, wenn Auto-, Bus-, Bahn- und

Fahrradangebote stärker als bisher miteinander kombiniert werden, wenn die Aufenthaltsqualität für zu Fuß Gehende verbessert wird, die Radwegenetze ausgebaut sowie Verkehrsflüsse besser gesteuert werden, wenn Energie eingespart und regenerativ erzeugt wird, dann profitieren letztlich alle.

Werden diese Potenziale von den Akteuren in der Kommune erkannt und aktiv unterstützt, lassen sich beachtliche Schritte auf dem Pfad hin zu einem zukunftsfähigen Verkehrssystem gehen.

Im Mittelpunkt des neuen Themenheftes „Klimaschutz und Mobilität“ stehen daher kommunale Praxisbeispiele, die aus dem Verkehr resultierende CO₂-Emissionen in Tübingen, Berlin, Offenburg, Bremen, Norderstedt, der Region Hannover und weiteren Kommunen vermeiden. Daneben werden in kurzen Exkursen auch einige Forschungs- und Pilotprojekte vorgestellt, die neueste Entwicklungen im Themenfeld beleuchten. Ein Fokus im Heft ist der „aktive“ Fuß- und Radverkehr. Zwei Artikel sind allein der Fußverkehrsförderung gewidmet, die zunehmend größere Aufmerksamkeit in den Kommunen erfährt. Vermittelt wird u.a. eine Verkehrsmittelpyramide des „idealen modal split“ und eine sich in der Umsetzung befindende Fußverkehrsstrategie. Auch der „passive“ motorisierte Verkehr wird ausführlich daraufhin beleuchtet, wo vermieden, wo verlagert und wo verbessert werden kann. Neue intermodale Wegekettensysteme mit der Verknüpfung von Bürgerbus, Carsharing, Elektrofahrrad und klassischem ÖPNV können ans Ziel führen. Und mit dem Thema Klimaschutz lassen sich Allianzen schmieden: So schlagen beispielsweise gemeinsame Lärm- und Klimaschutzmaßnahmen oder eine koordinierte Verkehrs- und Siedlungsplanung immer mindestens zwei Fliegen mit einer Klappe. Wo stehen wir und wohin führt der Weg? Auf diese und weitere Fragen werden im Themenheft „Klimaschutz & Mobilität“ Antworten aus der kommunalen Praxis formuliert.

Foto: Jan Walter/Grafik: Elke Postler



Die Veröffentlichung steht auch digital als kostenloses PDF im Internet bereit:
<http://kommunen.klimaschutz.de/infothek/publikationen/themenhefte.html>

Weitere Informationen:
Dipl.-Geogr. Jan Walter
Telefon: 0221-340308-26
E-Mail: jwalter@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

Bewährte Förderschwerpunkte – neue Chancen für den Klimaschutz

Die Kommunalrichtlinie 2014 ist veröffentlicht

SERVICE &
KOMPETENZ
ZENTRUM



Gefördert durch:



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



NATIONALE
KLIMASCHUTZ
INITIATIVE

Die „Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative“ (kurz: Kommunalrichtlinie) des Bundesumweltministeriums (BMU) bietet auch für das Antragsjahr 2014 umfangreiche Fördermöglichkeiten für den kommunalen Klimaschutz. Im Herbst 2013 wurde die Kommunalrichtlinie erneut an aktuelle Entwicklungen angepasst. Das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) am Difu hat die Anliegen der Kommunen in die Novellierung getragen.

Startschuss für die nächste Förderrunde

Mit der Veröffentlichung der novellierten Kommunalrichtlinie können die Kommunen nun mit der Vorbereitung der Anträge beginnen. Vom 01. Januar bis zum 30. April 2014 können diese eingereicht werden – damit haben Antragsteller einen Monat mehr Zeit als bisher. Eine Personalstelle für das Klimaschutzmanagement sowie das hiermit zusammenhängende Anschlussverfahren und die ausgewählte Maßnahme können wieder ganzjährig beantragt werden. Antragsberechtigt sind nach wie vor Kommunen – aber auch andere Institutionen, wie z.B. Bildungseinrichtungen und kommunale Unternehmen, können unter bestimmten Voraussetzungen Anträge stellen.

Die Förderschwerpunkte 2014 im Überblick

Kommunen, die beim Klimaschutz noch am Anfang stehen, können eine Einstiegsberatung durch fachkundige Dritte beantragen. Um von Anfang an alle relevanten Akteure zu beteiligen, sind ab 2014 die Ausgaben für eine den Beratungsprozess begleitende Öffentlichkeitsarbeit förderfähig.

Die Erstellung von integrierten Klimaschutzkonzepten und thematisch fokussierten Teilkonzepten bildet auch im Jahr 2014 das Kernstück der Kommunalrichtlinie. Um die Umsetzung der Konzepte zu unterstützen, bezuschusst die Kommunalrichtlinie die Einrichtung einer Personalstelle für das Klimaschutzmanagement. Klimaschutzmanager können auch 2014 bis zu 250.000 Euro für eine ausgewählte Maßnahme beantragen.

Die Antragstellung ist während der ersten 18 Monate der Projektlaufzeit des Klimaschutzmanagements möglich. Auch das Klimaschutzmanagement an Schulen und Kitas wird 2014 weitergeführt. Im Rahmen von Energiesparmodellen wird den Kindern und Jugendlichen der bewusste Umgang mit Energie und Ressourcen vermittelt.

Neben Zuschüssen für Konzeption und Umsetzung bietet die Kommunalrichtlinie auch finanzielle Unterstützung für investive Maßnahmen. Die Sanierung und Nachrüstung von Lüftungsanlagen, der Einbau von LED-Beleuchtungstechnik bei der Sanierung von Innen- und Hallenbeleuchtungen sowie die Förderung von Klimaschutzmaßnahmen bei stillgelegten Siedlungsabfalldeponien sind weiterhin förderfähig. Im Förderschwerpunkt „Nachhaltige Mobilität“ steht nun die Einrichtung von Wegweisungssystemen für überwiegend alltagsbezogene Radrouten im Fokus. Auch verkehrsübergreifende Mobilitätsstationen, die Optimierung des Wegenetzes für den Radverkehr und die Einrichtung von Radabstellanlagen werden weiterhin bezuschusst.

Beratung und weiterführende Informationen

Fragen rund um die Kommunalrichtlinie beantwortet das Team des SK:KK. Um möglichst viele Interessierte über die Kommunalrichtlinie sowie weitere Förderprogramme auf Bundes- und Landesebene zu informieren, führt das SK:KK in Kooperation mit den Ländern eine bundesweite „Infotour“ durch. Weitere Informationen hierzu sowie Veranstaltungstipps und Projektbeispiele sind auf der Internetseite des SK:KK zu finden.

Die beigelegte Broschüre „Das Klima schützen, Kommunen fördern“ des BMU bietet neben einer grafischen Übersicht zu den einzelnen Förderschwerpunkten umfassende Informationen zur Kommunalrichtlinie.

Weitere Informationen:

Eva Karcher, M.A.
Telefon: 030/39001-235
E-Mail: karcher@difu.de

[www.klimaschutz.de/
kommunen](http://www.klimaschutz.de/kommunen)

Foto: Cornelia Rösler

Öffentlichkeitsarbeit im Klimaschutz

Publikation des Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz erschienen

Öffentlichkeitsarbeit im Klimaschutz wird gefördert – mit der Kommunalrichtlinie bietet das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) den Kommunen finanzielle Unterstützung für öffentlichkeitswirksame Aktivitäten im Klimaschutz. Von der Erstellung kommunaler Klimaschutzkonzepte und Klimaschutz-Teilkonzepte bis hin zur Konzeptumsetzung durch das Klimaschutzmanagement werden Fördermittel für die begleitende Öffentlichkeitsarbeit bereitgestellt.

Das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz, das im Auftrag und mit Förderung des BMU beim Difu eingerichtet wurde, informiert nun mit der Publikation „Klimaschutz wird öffentlich – Die Förderung von Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Kommunalrichtlinie“ über die spezifischen Regelungen zur Förderung der Öffentlichkeitsarbeit über die Kommunalrichtlinie. Zusätzlich werden Anregungen und Tipps für eine zielgruppenorientierte Öffentlichkeitsar-

beit im Klimaschutz gegeben. Einen wesentlichen Kern der Publikation bildet zudem die Veranschaulichung von gelungener Öffentlichkeitsarbeit in den einzelnen Förderbausteinen der Kommunalrichtlinie. Sechs Städte und eine Region stellen ihre öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten im Bereich Klimaschutz jeweils rund um einen der Fördergegenstände der Kommunalrichtlinie vor:

- Beratungsleistungen für Kommunen, die mit Klimaschutzaktivitäten beginnen
- Erstellung und Umsetzung von Klimaschutzkonzepten sowie Klimaschutz-Teilkonzepten
- Klimaschutzmanagement für die Ein- bzw. Weiterführung von Energiesparmodellen an Schulen und Kindertagesstätten
- Investive Klimaschutzmaßnahmen

Die Publikation kann kostenlos als Printexemplar bestellt oder im Internet als PDF herunter geladen werden: <http://kommunen.klimaschutz.de/infotehek/publikationen/praxisbeispiele-kompakt.html>

Baukulturbericht 2014: Bericht zur Lage der Baukultur in Deutschland

Die Qualität der gebauten Umwelt ist entscheidend für die Identität unserer Städte und Kulturlandschaften. Die Baukultur ist damit ein zentrales Element der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der Lebensumwelt. Die Bundesstiftung Baukultur hat das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) beauftragt, einen „Baukulturbericht 2014 – Bericht zur Lage der Baukultur in Deutschland“ zu erarbeiten, um Erkenntnisse zum Stand der Baukultur in der aktuellen Umsetzungspraxis zu erhalten. Das Difu wird den Bericht gemeinsam mit der Technischen Universität Berlin erstellen.

Geplant sind umfangreiche Literaturrecherchen und Sekundäranalysen, insbesondere zu den drei Fokusthemen der Bundesstiftung Baukultur „Wohnen und gemischte Quar-

tiere“, „Öffentlicher Raum und Infrastruktur“ sowie „Planungskultur und Prozessqualität“. Ergänzt werden die Recherchen durch Fokusgruppengespräche, Experten-Interviews, eine Kommunalbefragung sowie die Verzahnung mit den Ergebnissen einer Öffentlichkeitsbefragung.

Zentrale Adressaten des Berichts sind die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag. Sie sollen mit Hilfe des Berichts für baukulturelle Themen sensibilisiert sowie über aktuelle Entwicklungen im Bereich der Baukultur und möglichen Handlungsbedarf informiert werden. Zusätzlich werden die Ergebnisse für die interessierte (Fach-)Öffentlichkeit aufbereitet. Das Projekt läuft von Oktober 2013 bis Juni 2014.



Weitere Informationen:

Eva Karcher, M.A.
Telefon: 030/39001-235
E-Mail: karcher@difu.de

Bestellung der Printversion:

siehe Bestellschein

Bundesstiftung Baukultur,
Potsdam

Foto: http://commons.wikimedia.org/wiki/File:BSBK_Stiftungssitz.jpg?uselang=de
Urheber Till Budde für die Bundesstiftung Baukultur



Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. Daniela Michalski
Telefon: 030/39001-270
Email: michalski@difu.de

Dipl.-Ing. Wolf-Christian Strauss
Telefon: 030/39001-296
E-Mail: strauss@difu.de



Monitoring Soziale Stadtentwicklung Berlin

Überprüfung auf Modifizierungsbedarf und Fortschreibung 2013

Das Monitoring Soziale Stadtentwicklung Berlin soll sozialräumliche Entwicklungen auf kleinräumiger Ebene analysieren. Erstmals wurde es 1998 im Rahmen der Untersuchung „Sozialorientierte Stadtentwicklung“ erstellt und seit 2006 jährlich durchgeführt. Mit der Entwicklung des Monitorings Soziale Stadtentwicklung in Berlin (MSS) wurde damals methodische Pionierarbeit geleistet. Nach 15 Jahren Praxiserfahrung mit dieser Methode wird nun im Rahmen dieses Projekts eine Überprüfung auf Modifizierungsbedarf und Fortschreibung 2013 erfolgen.

Folgende Arbeitsschritte sind vorgesehen:

- Überprüfung der jetzigen Indikatoren unter Berücksichtigung anderer Berichts-

systeme in der Berliner Verwaltung sowie in anderen Städten

- Durchführung einer Nutzerbefragung
- Organisation und Durchführung von Fachgesprächen mit dem Berliner Nutzerkreis – insbesondere auf Ebene der Senats- und Bezirksverwaltungen sowie anderer Städte mit Monitoringsystemen der Stadtentwicklung
- Vorschlag für ein weiterentwickeltes Monitoring Soziale Stadtentwicklung Berlin
- Berechnung des Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2013
- Erstellung eines Endberichts mit ausführlichem Tabellenanhang

Das Projekt wird im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Berlin, vom Difu in Kooperation mit der HafenCity Universität Hamburg und der Universität Hamburg bearbeitet.

Transformation des städtischen Energiesystems und energetische Stadtanierung

Die Transformation des Energiesystems ist eine der zentralen gesellschaftlichen Aufgaben der kommenden Jahrzehnte in Deutschland. Für die Städte stellt sich die Herausforderung, für Quartiere mit ganz unterschiedlichen Strukturen angepasste Lösungen zu finden. Mit Blick auf die unterschiedlichen Sanierungsstände auf Gebäudeebene, die vorhandene Infrastruktur zur Wärmeversorgung sowie den möglichst vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energien ist dies eine anspruchsvolle Aufgabe.

Ziel des Projekts „Transformation des städtischen Energiesystems und energetische Stadtanierung (TransStadt)“ ist es, das erforderliche Management von Systemübergängen der Transformation genauer auszuloten. Die Untersuchung erfolgt anhand von rund 15 Modellkommunen mit unterschiedlichen technischen, organisatorischen und siedlungsstrukturellen Merkmalen. Die Modellkommunen befinden sich bereits auf dem Weg der Transformation und erstellen derzeit integrierte energetische Quartierskonzepte. Die eingeschlagenen Transformationspfade werden ebenso untersucht, wie der Prozess der

Umsetzung. Von Interesse sind die gesetzten Ziele einschließlich der damit verbundenen städtebaulichen und stadttechnischen Orientierungen, die technische Konfiguration des Versorgungssystems und seine mittel- und langfristigen Veränderungen, die Zusammensetzung und Kompetenzen der an Konzepterstellung und -umsetzung beteiligten Akteure bzw. die Akteurskonstellationen sowie der Ablauf des und die Verantwortlichkeiten im Prozess.

Im Ergebnis werden für Kommunen mit unterschiedlichen Randbedingungen verallgemeinerbare Empfehlungen für ein kommunales Transformationsmanagement zur energetischen Stadt- und Quartierssanierung bereitgestellt. Das Projekt wird gemeinsam mit dem Lehrstuhl für Stadttechnik der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg durchgeführt. Das drei Jahre laufende Vorhaben wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen der sozial-ökologischen Forschung, Fördermaßnahme „Umwelt- und gesellschaftsverträgliche Transformation des Energiesystems“, gefördert.

Weitere Informationen:

Dipl.-Sozialwiss.
Antje Seidel-Schulze
Telefon: 030/39001-198
E-Mail: seidel-schulze@difu.de

Dipl.-Soz. Detlef Landua
Telefon: 030/39001-196
E-Mail: dlandua@difu.de

Foto: Wolf-Christian Strauss

Weitere Informationen:

Dipl.-Sozialökonom/
Dipl.-Volkswirt Jens Libbe
Telefon: 030/39001-115
E-Mail: libbe@difu.de



Energiebunker, IBA Hamburg
Foto: Jens Libbe

Doppelte Innenentwicklung

Strategien, Konzepte und Kriterien im Spannungsfeld von Städtebau, Freiraumplanung und Naturschutz

Doppelte Innenentwicklung heißt, Flächenreserven im Siedlungsbestand nicht nur baulich, sondern auch mit Blick auf urbanes Grün zu entwickeln. Damit soll der offene Landschaftsraum vor weiterer Flächeninanspruchnahme und zusätzlichen baulichen Eingriffen geschützt und gleichzeitig der Siedlungsraum durch Maßnahmen der Freiraumentwicklung qualifiziert werden. Besonders in verdichteten Ballungsräumen ist urbanes Grün von hoher Bedeutung für die wohnortnahe Erholung der Menschen und hat wichtige ökologische Funktionen. Die doppelte Innenentwicklung bildet eine Schnittstelle zwischen Städtebau, Freiraumplanung und Naturschutz.

Ziel des neuen Difu-Projekts ist es, zu untersuchen, wie die Ziele von Freiraumplanung und Naturschutz in Konzepte zur Innenentwicklung eingebunden werden können. Die Untersuchung erfolgt anhand einer schriftlichen Befragung der bundesdeutschen Großstädte zu Strategien und Konzepten der doppelten Innenentwicklung. Darüber

hinaus sind Fallstudien in fünf ausgewählten Städten vorgesehen. Untersucht werden der rechtliche und planerische Rahmen, die Förderkulisse, Kriterien zur Bewertung des urbanen Grüns sowie Ziel- und Nutzungskonflikte, die zwischen baulicher Nachverdichtung und innerstädtischer Freiraumentwicklung, aber auch im Verhältnis der Freiflächenfunktionen untereinander (Naturschutz versus Erholungsnutzung) auftreten können.

Im Ergebnis werden für Kommunen quantitative und qualitative Kriterien sowie konkrete Handlungsempfehlungen bereitgestellt, wie die Ziele von Freiraumplanung und Naturschutz in Konzepte zur Innenentwicklung eingebunden werden können.

Das Projekt wird gemeinsam mit dem Institut für Landschaftsarchitektur der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf durchgeführt. Das bis April 2015 laufende Forschungsvorhaben wird vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) im Rahmen des Umweltforschungsplans gefördert.

Städtebauliche Wirkungsweise des § 11 Absatz 3 der Bau-NVO

Großflächige Einzelhandelsbetriebe haben oft erhebliche raumrelevante Auswirkungen. Dies betrifft besonders die Funktionsfähigkeit der gewachsenen, aber auch der neu zu entwickelnden zentralen Versorgungsbereiche, unabhängig davon, ob sie als Stadt- und Ortsteilzentren großräumigere Funktionen wahrnehmen oder als Nahversorgungszentren die Versorgung der Bevölkerung im Nahbereich der Wohngebiete gewährleisten. Hinzu kommen weitere Auswirkungen insbesondere als Folge des Kunden- und Lieferverkehrs. Aus diesem Grund dürfen großflächige Einzelhandelsbetriebe – soweit sie mehr als 1.200 Quadratmeter Geschossfläche aufweisen – in der Regel nur auf der Grundlage einer Bauleitplanung errichtet werden. Die hierfür maßgebliche Vorschrift findet sich in § 11 Abs. 3 der Baunutzungsverordnung (BauNVO).

Die Wirkung dieser Vorschrift wird von Teilen des Einzelhandels seit langem kritisiert und eine Änderung der Vorschrift gefordert. Dem-

gegenüber wurde von den Kommunen stets auf die zentrale Bedeutung der Regelung hingewiesen. So wurde die Steuerung der raumwirksamen Auswirkungen des großflächigen Einzelhandels auch bei den Berliner Gesprächen zum Städtebaurecht vor der letzten Novellierung der BauNVO thematisiert.

Vor diesem Hintergrund hat der Deutsche Bundestag am 25. April 2013 zu § 11 Absatz 3 BauNVO eine Entschließung gefasst (BT-Drs. 17/13281). Die Bundesregierung wird darin aufgefordert, in einer Studie die möglichen Auswirkungen sowie den daraus eventuell resultierenden Änderungsbedarf in § 11 Absatz 3 BauNVO zu prüfen.

Dieser Prüfauftrag ist Grundlage einer Umfrage bei Stadtplanungsämtern und Bauaufsichtsbehörden, die das Difu aktuell im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung durchführt. Die Ergebnisse sollen im Frühjahr 2014 vorliegen.

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. Christa Böhme
Telefon: 030/39001-291
E-Mail: boehme@difu.de

Dr. Arno Bunzel
Telefon: 030/39001-238
E-Mail: bunzel@difu.de

Gemeinschaftsgärten auf dem Gelände des alten Flughafens Tempelhof in Berlin

Foto: Thomas Preuß

Weitere Informationen:

Dr. Arno Bunzel
Telefon: 030/39001-238
E-Mail: bunzel@difu.de

Dipl.-Ing. Christian Strauss
Telefon: 030/39001-296
E-Mail: strauss@difu.de

Foto: Arno Bunzel

Ressourcenleichte zukunftsfähige Infrastrukturen – umweltschonend, robust, demografiefest

Weitere Informationen:

Dipl.-Sozialökonom/
Dipl.-Volkswirt Jens Libbe
Telefon: 030/39001-115
E-Mail: libbe@difu.de

Dipl.-Soz. Jan Hendrik Trapp
Telefon: 030/39001-210
E-Mail: trapp@difu.de

Technische Infrastrukturen sind ressourcenintensiv. Ihr Bau wie ihr Betrieb und ihre Instandhaltung sind mit dem Verbrauch von Ressourcen wie Energie, Material, Flächen und Geld verbunden. Jährlich werden große Mengen unterschiedlicher Materialien eingesetzt. Im Laufe der Zeit ist so ein beträchtliches „anthropogenes Lager“ im Infrastrukturbestand entstanden.

So beträgt der in Verkehrs-, Wasser-/Abwasser- und Energieinfrastrukturen enthaltene Materialbestand an Beton ca. 832,2 Mio. t, Stahl/Eisen 91,8 Mio. t, Kupfer 4,2 Mio. t, Aluminium 2,2 Mio. t. Jährlich kommen 9,8 Mio. t Beton, 1,4 Mio. t Stahl/Eisen, 48.000 t Kupfer und 44.000 t Aluminium hinzu. Mit Blick auf die Lebensdauer technischer Infrastrukturen wachsen die von Menschen geschaffenen Lagerstätten weiter an. Da einige Rohstoffe zunehmend knapper und teurer werden, ist ein schonender Umgang mit ihnen aus ökologischen Gründen anzustreben und aus ökonomischen geboten.

Vor diesem Hintergrund und in Anbetracht des politischen Ziels verstärkter Ressourcen-

effizienz hat das Umweltbundesamt (UBA) das Deutsche Institut für Urbanistik in Kooperation mit dem Öko-Institut Berlin mit der Studie „Ressourcenleichte zukunftsfähige Infrastrukturen – umweltschonend, robust, demografiefest“ beauftragt. Im Fokus der Untersuchung stehen die Infrastrukturbereiche Energie, Wasser, Abwasser, Verkehr sowie Information und Kommunikation.

Übergeordnetes Ziel des Forschungsvorhabens ist es, Vorschläge und Handlungsempfehlungen (insbesondere Politikempfehlungen) für die ressourcenleichte und zukunftsfähige Gestaltung von technischen Infrastrukturen unter Berücksichtigung wesentlicher Veränderungsprozesse und Zukunftstrends zu erarbeiten. Mit Hilfe einer systemischen Betrachtungsweise sollen Vorschläge für die Optimierung der betrachteten Infrastrukturnetze bezüglich der Ressourcen- und Kosteneffizienz sowie Resilienz erarbeitet sowie Maßnahmen und Instrumente zur Realisierung zukunftsfähiger und ressourcenleichter Infrastrukturen unter Berücksichtigung regional differenzierter Anforderungsprofile identifiziert werden.

Deutscher Nachhaltigkeitspreis 2014 für Städte und Gemeinden

Difu wieder als Partner beteiligt

Am 21. November 2013 wurde der Deutsche Nachhaltigkeitspreis für Städte und Gemeinden zum zweiten Mal vergeben. Der Preis ist eine Initiative der Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis e. V. in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung, den kommunalen Spitzenverbänden, Wirtschaftsvereinigungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Forschungseinrichtungen. In der prominent besetzten Jury unter dem Vorsitz von Dr. Günther Bachmann, dem Generalsekretär des Rates für Nachhaltige Entwicklung, wirkte auch Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann, bis Ende Oktober 2013 Leiter des Difu, mit.

Das Deutsche Institut für Urbanistik hatte als Partner der Stiftung bereits im Vorjahr Vor-

schläge für das spezifische kommunalbezogene Bewertungsverfahren in Anlehnung an die unternehmensbezogene Methodik entwickelt und übernahm federführend die Auswertung der Städtebewerbungen. Weitere Partner bei der Konzeption des Assessments und bei der Bewertung der Einreichungen waren das Wuppertal Institut und ICLEI. Hintergrund der Beteiligung des Difu sind die umfangreichen Kenntnisse im Difu im Themenfeld „Nachhaltigkeit“ und die langjährigen methodischen Erfahrungen mit Benchmarks und Wettbewerben.

In den sechs Themenfeldern Governance & Verwaltung, Klima & Ressourcen, Mobilität & Infrastruktur, Wirtschaft & Arbeit, Bildung & Integration, Lebensqualität & Stadtstruktur waren konkrete Maßnahmen zu beschreiben.

Foto: Gregor Jekel

Deutschlands nachhaltigste Städte und Gemeinden ausgezeichnet

Weitere Informationen:

Dr. rer. pol. Busso Grabow
Telefon: 030/39001-248
E-Mail: grabow@difu.de
www.nachhaltigkeitspreis.de

Die Selbsteinschätzung der Bewerber nach jeweils vier „Exzellenzstufen“ wurde von den Methodikteams im Difu, Wuppertal Institut und bei ICLEI geprüft und ggf. korrigiert. Im Ergebnis entstand eine Shortlist herausragender Bewerbungen, auf deren Basis die Jury die Entscheidung über die Nominierten und die Preisträger traf. Dabei wurde auch die unterschiedliche Leistungsfähigkeit großer und kleiner Städte sowie von Kommunen mit guter und schlechter Finanzlage angemessen berücksichtigt.

Insgesamt bewarben sich im Jahr 2013 108 Städte und Gemeinden, davon 62 für den Hauptpreis und 46 für einzelne Themenfelder. Die ähnlich hohe Teilnehmerzahl wie im Vorjahr wurde sicherlich auch dadurch gefördert, dass durch das Engagement der Allianz Umweltstiftung die Hauptpreise auch finanziell dotiert waren.

Im Bewerberfeld ließen sich zwei Typen von Städten und Gemeinden unterscheiden: solche mit einem integrierten, breit verstandenen und strategischen Nachhaltigkeitsansatz und solche mit einer Vielzahl unverbundener (guter) Einzelmaßnahmen (die deutliche Mehrheit). Es zeigte sich, dass Städte und Gemeinden mit Aktivitäten in vielen Handlungsfeldern auch die insgesamt erfolgreicheren in der Transformation hin zu einer nachhaltigen Entwicklung sind. Ein eindeutiger Beleg dafür ist, dass Kommunen, die sich nur in einzelnen Themenfeldern beworben haben, in der großen Mehrheit gegenüber den Städten und Gemeinden mit einer Gesamtbewerbung das Nachsehen hatten. Die „Spezialisten“ waren also in diesem Fall nicht besser als die „Zehnkämpfer“; eher war es umgekehrt.

Am 21. November erhielten die (Ober-)Bürgermeister „Deutschlands nachhaltigster Städte und Gemeinden“ die Auszeichnungen: **Augsburg** (Großstädte), **Pirmasens** (Städte mittlerer Größe), **Pfaffenhofen a.d. Ilm** (kleinere Städte und Gemeinden). Sonderpreise erhielten **Mannheim** (Governance & Verwaltung) und **Saerbeck** (Klima & Ressourcen) sowie die Partner der „**Innovation-City Ruhr**“ für ihr Engagement. Die drei Preisträger der Hauptpreise durften sich über jeweils 35 000 Euro Preisgeld von der Allianz Umweltstiftung freuen. Über die Preisträger hinaus zeichnen sich alle nominierten Kommunen durch bemerkenswerte Nachhaltigkeitsleistungen aus.

Als Ehrenpreisträger waren **Richard Oetker** und **Prof. Leoluca Orlando**, ehemaliger und amtierender Bürgermeister von Palermo, der durch seinen Kampf gegen die Mafia international bekannt wurde, dabei. Unter den



Ehrgästen des zweitägigen Kongresses, bei dem auch die nachhaltigsten Unternehmen Deutschlands ausgezeichnet und weitere Preise für überzeugende Nachhaltigkeitsforschung sowie für zukunftsweisende Gebäude vergeben wurden, war auch die Weltpolitikerin **Dr. Gro Harlem Brundtland**, die wie kaum eine andere mit dem Begriff der „Nachhaltigen Entwicklung“ verbunden ist.

Die besonderen Nachhaltigkeitsleistungen der nominierten Städte und Gemeinden sowie der Preisträger sind im Internet dokumentiert.

„Deutschlands nachhaltigste Großstädte“ (v.l.n.r.): Michael Ebling, Oberbürgermeister Stadt Mainz; Julia Klöckner, Jury-Mitglied; Dr. Kurt Gribl, Oberbürgermeister Stadt Augsburg (1. Platz); Ullrich Sierau, Oberbürgermeister Stadt Dortmund

„Deutschlands nachhaltigste Städte mittlerer Größe“ (v.l.n.r.): Peter Gaffert, Oberbürgermeister Stadt Wernigerode; Dr. Bernhard Matheis, Oberbürgermeister Stadt Pirmasens (1. Platz); Gudrun Heute-Bluhm, Oberbürgermeisterin Stadt Lörrach



„Deutschlands nachhaltigste Kleinstädte und Gemeinden“ (v.l.n.r.): Jürgen Lübbers, Bürgermeister Samtgemeinde Barnstorf; Dieter Gewies, Erster Bürgermeister Gemeinde Furth; Thomas Herker, Erster Bürgermeister Stadt Pfaffendorf a.d. Ilm (1. Platz)



Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2013“

Neun Kommunen für vorbildliche Projekte ausgezeichnet

SERVICE &
KOMPETENZ
ZENTRUM



Gefördert durch:



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



NATIONALE
KLIMASCHUTZ
INITIATIVE

Grundsatzrede von
Jürgen Becker, Staatssekretär
im Bundesumweltministerium



Herausragendes Engagement für den Klimaschutz zahlt sich aus: Insgesamt 240.000 Euro Preisgeld standen auch in diesem Jahr für die Gewinner des Wettbewerbs „Kommunaler Klimaschutz“ bereit. Durchgeführt wird der Wettbewerb seit 2009 vom Bundesumweltministerium und dem Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz in Kooperation mit dem Deutschen Städte- tag, dem Deutschen Landkreistag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund.

Bekannt gegeben wurden die Preisträger und ihre vorbildlichen Projekte im Rahmen der 6. Kommunalkonferenz „Kreative Kraft Klimaschutz: Innovationen, Investitionen, Inspirationen“. Jürgen Becker, Staatssekretär im Bundesumweltministerium, gratulierte den Preisträgern: „Kommunen, die Klimaschutzstrategien erarbeiten und in Klimaschutzmaßnahmen investieren, gestalten ein lebenswertes und zukunftsfähiges Umfeld für ihre Bürgerinnen und Bürger. Dies haben die neun Gewinnerkommunen, die wir heute auszeichnen, erkannt. Ihre innovativen und erfolgreichen Klimaschutzprojekte inspirieren uns und viele Kommunen zum Klimaschutz vor Ort“. Cornelia Rösler, Leiterin des Bereichs Umwelt beim Difu, stellte im Tischgespräch mit Preisträgern aus den vergangenen Jahren fest: Der Wettbewerb rückt vorbildliche Projekte regional und bundesweit ins Rampenlicht. Mit dem Preisgeld stehen den Kommunen Gelder zur Verfügung, mit denen sie unabhängig vom kommunalen Haushalt weitere Klimaschutzaktivitäten entwickeln und umsetzen können.

Insgesamt waren 138 Beiträge beim Wettbewerb eingegangen. Kommunen und Regionen konnten sich in drei Kategorien bewerben.

Ausgezeichnet wurden:

Kategorie 1: Klimaschutz in kommunalen Liegschaften

64 Bewerbungen, Preisgeld: je 40.000 Euro

Stadt Schleiz (Thüringen): „Energie- tische Sanierung und Umbau eines Baudenkmal zur Stadtbibliothek“

Mit dem klimafreundlichen Umbau eines Baudenkmal zur Stadtbibliothek „Dr. Konrad Duden“ hat die Stadt Schleiz in besonde-

rer Weise Klimaschutz und Denkmalschutz miteinander verknüpft. Abgestimmt auf die Gegebenheiten des historischen Gebäudes sorgen verschiedene Energieeffizienz- und Energieeinsparmaßnahmen sowie die Nutzung oberflächennaher Geothermie für CO₂-Einsparungen von rund 54 Tonnen jährlich.

Stadt Hüfingen (Baden-Württemberg): „Neubau des Passivhaus-Kinder- gartens St. Silvester“

Mit dem Neubau des Kindergartens St. Silvester als Passivhaus hat die Stadt Hüfingen konsequent großen Wert auf eine klimafreundliche Umsetzung gelegt. So wurden schon bei der Auswahl und Beschaffung der Baustoffe hohe ökologische Standards berücksichtigt. Das Gebäude verknüpft nun auf effektive Weise Energieeffizienz mit erneuerbarer Energie und erreicht dadurch eine CO₂-Vermeidung von rund fünf Tonnen pro Jahr. Bei der Umsetzung haben Bürgerinnen und Bürger in 700 freiwillig geleisteten Arbeitsstunden tatkräftig mitgeholfen und so zum Erfolg des Vorhabens beigetragen.

Stadt Hohen Neuendorf (Brandenburg): „Passivhaus-Grundschule mit Plusenergieoption“

Mit ihrer im Ortsteil Niederheide neu errichteten Passivhaus-Grundschule verknüpft die Stadt Hohen Neuendorf auf vorbildliche Weise den Einsatz erneuerbarer Energie mit Energieeffizienz und -einsparung. Im Vergleich zu einem Standardgebäude vermeidet das Gebäude jährlich etwa 240 Tonnen CO₂. Zugleich überzeugt es durch einen hohen Nutzerkomfort. Ein konsequentes und zukunftsweisendes Vorgehen zeigt auch die baubegleitende Lebenszyklusanalyse sowie die Konzeption als Plus-Energie-Gebäude.

Kategorie 2: Kommunales Energie- und Klimaschutzmanagement

27 Bewerbungen, Preisgeld: je 20.000 Euro

Hansestadt Lübeck (Schleswig-Hol- stein): „Optimierung der Heizanlagen durch gering investive Maßnahmen“

Um dem hohen Energieverbrauch ihrer Liegschaften im Bereich der Heizanlagen zu begegnen, hat die Hansestadt Lübeck die Abteilung „Energiemanagement“ eingerichtet. Allein mit gering investiven Maßnahmen ist

es so gelungen, beachtliche Einsparungen im Bereich der Wärmeenergie zu erreichen. Mit Sachmitteln von nur 17.000 Euro konnten z. B. im Jahr 2012 mehr als 250.000 Euro Energiekosten eingespart werden. Zugleich vermeidet die Kommune dadurch jährlich bis zu 800 Tonnen CO₂.

Stadt Nürnberg (Bayern): „Innendämmung denkmalgeschützter Gebäude“

Die Stadt Nürnberg nimmt beim Thema energetische Sanierungen denkmalgeschützter Gebäude durch den systematischen Einsatz von Innendämmung eine Vorreiterrolle ein. In einem Pilotprojekt konnte sie den Erfolg ihrer Vorgehensweise belegen. Seither ist das Verfahren zu einem festen Element von Sanierungsplänen geworden. Insgesamt wurden in Nürnberg schon 30 Innendämmprojekte erfolgreich umgesetzt. Dadurch erzielt die Stadt eine CO₂-Einsparung von rund 120 Tonnen jährlich.

Landkreis Stendal (Sachsen-Anhalt): „Zehn Jahre kommunales Energiemanagement“

Mit seinem systematischen und zentral organisierten Energiemanagement zeigt der Landkreis Stendal, wie erfolgreicher Klimaschutz auch bei einer angespannten Haushaltssituation aussehen kann. Um den Verbrauch von Wärmeenergie, Strom und Wasser zu senken, hat er seit 2002 mit Erfolg zahlreiche technische und nutzerbedingte Maßnahmen umgesetzt, die zum Großteil keine oder nur geringe Investitionen erforderten. Vor allem die Einsparerfolge im Bereich der Wärmeenergie sind beachtlich und schonen nicht nur das Klima, sondern auch den kommunalen Haushalt.

Kategorie 3: Kommunaler Klimaschutz zum Mitmachen

47 Bewerbungen, Preisgeld: je 20.000 Euro

Stadt Dortmund (Nordrhein-Westfalen): „Dachmarke, Klima ist heimspiel“

Die Entwicklung und Einführung der Dort-

munder Dachmarke „Klima ist heimspiel“ besticht durch Systematik und Originalität. Lokale Gegebenheiten wurden geschickt genutzt, um in der Bevölkerung Aufmerksamkeit zu erregen. Damit erfüllt die Dachmarke ihr Ziel, Klimaschutzprojekte der Stadt sichtbar zu machen, zu begleiten und die Bürgerinnen und Bürger für den Klimaschutz zu sensibilisieren. Um die Kosten gering zu halten, setzte die Stadt bei der Umsetzung auf Kooperationen und Synergien mit anderen Aktivitäten.

Stadt Freiburg (Baden-Württemberg): „Mitmachaktion, 200 Familien aktiv fürs Klima“

Mit dem Projekt „200 Familien aktiv fürs Klima“ hat die Stadt Freiburg ein Konzept ihrer französischen Partnerstadt Besançon aufgegriffen, an die lokalen Bedingungen angepasst und weiterentwickelt. Ein Jahr lang hat sie die teilnehmenden Projekthaushalte auf unterschiedlichen Ebenen für eine CO₂-sparende und ressourcenschonende Lebensweise sensibilisiert und zu eigenem Engagement motiviert. Durch die Verbreitung der Projekthinhalte auf der städtischen Homepage sowie über verschiedene Medien und Kooperationspartner zeigt die Aktion Multiplikatorwirkung und Vorbildcharakter.

Inselgemeinde Juist (Niedersachsen): „Klimainsel – nachhaltiger Tourismus und CO₂-Reduktion“

Mit dem Projekt „Klimainsel“ möchte die Inselgemeinde Juist ihr ambitioniertes Ziel, bis 2030 klimaneutral zu werden, erreichen. Dabei setzt sie auf eine breite Beteiligung. Vor allem die Tourismusbranche als größter Wirtschaftszweig und CO₂-Verursacher wird intensiv zu Klimaschutzaktivitäten motiviert und bei der Umsetzung unterstützt. Auch die Bevölkerung wird mit unterschiedlichen Aktionen für das Thema CO₂-Einsparen sensibilisiert: Jung und Alt, Einheimische und Urlaubsgäste. Darüber hinaus geht die Gemeindeverwaltung selbst mit gutem Beispiel voran.

Hinweis:

Detaillierte Informationen sowie Filme und Fotos zu den ausgezeichneten Projekten finden Sie unter:

<http://kommunen.klimaschutz.de/wettbewerbe/wettbewerb-kommunaler-klimaschutz/wettbewerb-2013.html>

Einen Film sowie weitere Informationen und Fotos zur Kommunalkonferenz finden Sie unter:

<http://kommunen.klimaschutz.de/serviceleistungen/veranstaltungen/kommunalkonferenz/6-kommunalkonferenz-2013.html>

Der Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2014“ startet im Januar 2014

Weitere Informationen:

Anna Hogrewe-Fuchs
Telefon: 0221/340308-16
E-Mail: hogrewe-fuchs@difu.de

Die Gewinner des Wettbewerbs Kommunaler Klimaschutz 2013



Fotos: Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz

Veranstaltungsvorschau auf das erste Quartal 2014

Weitere Infos, Einzelprogramme und Anmeldung:

Difu-Seminare

Fortbildungssekretariat
Telefon:
030/39001-258/259/148
E-Mail: fortbildung@difu.de

Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte

Cornelia Schmidt
Telefon: 030/39001-208
E-Mail: schmidt@difu.de

Fahrradakademie

Simone Harms
Telefon: 030/39001-132
E-Mail: harms@difu.de

Service- und Kompetenzzentrum Klimaschutz

Stefanie Menzel
Telefon: 030/39001-219
E-Mail: menzel@difu.de

Luise Wildermuth
Telefon: 0221/340308-306
E-Mail: wildermuth@difu.de

Details und Einzelprogramme stets aktuell im Difu-Internet:

<http://www.difu.de/veranstaltungen/aktuell>

Smart City – von der Vision zur Konkretion

Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte
15.1., Difu Berlin, öffentliche, kostenfreie
Vortrags- und Diskussionsveranstaltung

Informationstour zu Fördermitteln im kommunalen Klimaschutz

Service- und Kompetenzzentrum Kommunaler Klimaschutz (SK:KK)
22.1., Hannover

Klimaschutz in der Bildung verankern

Fortbildungs- & Vernetzungstreffen, SK:KK
29.1., Köln

StVO, VwV-StVO und ERA in der Praxis

Rechtssicherheit und Verkehrssicherheit bei der Radverkehrsförderung;
Veranstaltungsserie der Fahrradakademie
Termine: 4./5.2., Kassel; 11./12.2. Dresden;
13./14.2., Königswinter; 25./26.2., Lüneburg;
11./12.3., Stuttgart

Klimaschutz durch Windenergie in Kommunen

Service- und Kompetenzzentrum Klimaschutz, Fachseminar, 6.2., Bremerhaven

Gesund älter werden in der Stadt

Kommunale Gesundheitsförderung und Prävention für ältere Menschen
Difu-Seminar, 17./18.2., Berlin

Parkraummanagement in Berlin und anderen europäischen Städten

Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte
19.2., Difu Berlin, öffentliche, kostenfreie
Vortrags- und Diskussionsveranstaltung

Fernbusterminals als kommunale Aufgabe?

Strategien zum Umgang mit dem wachsenden Fernbusverkehr
Difu-Seminar, 24./25.2., München

Mehr Sicherheit im Radverkehr

Veranstaltungsserie der Fahrradakademie,
10.3., Berlin; 26.3., Oldenburg; 27.3., Düsseldorf

Verkehr 2050: Wie werden sich Mobilität und Verkehr langfristig entwickeln?

Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte
12.3., Difu Berlin, öffentliche, kostenfreie
Vortrags- und Diskussionsveranstaltung

Stadtmarketing: Kontinuität oder Neuorientierung?

Difu-Seminar, 13./14.3., Berlin

Smart Cities

Perspektiven der Städte zwischen Technik-euphorie und urbaner Lebensqualität
Difu-Seminar, 17./18.3., Berlin

Nachhaltige Stadtentwicklung. Integriert. Vernetzt. Partizipativ. Überzeugend.

Difu-Seminar, 20./21.3., Berlin; in Kooperation mit dem ICLEI-Europasekretariat

Zu Fuß mobil im Quartier

Difu-Seminar, 27./28.3., Berlin



Foto: SyBille Wenke-Thiem

Fahrradakademie bietet 2014 neue und weiterhin nachgefragte Themen

Zum mittlerweile siebten Mal startete die Fahrradakademie im Herbst mit einem neuen Jahresprogramm. Die beim Deutschen Institut für Urbanistik ansässige Fahrradakademie wendet sich mit diesem Fortbildungsangebot gezielt an alle Akteure in Kommunen, Ländern, Planungsbüros, Polizei und Verbänden, die Vorteile und Chancen des Radverkehrs aufgreifen und aktuelle Herausforderungen meistern wollen.

Auch im neuen Programmjahr stehen praxisnahes Wissen, Neuigkeiten aus der Forschung und die Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch im Mittelpunkt. Das inhaltliche Spektrum reicht von Innovationsthemen bis hin zu Dauerbrennern der Radverkehrsförderung. Bis Mitte 2014 finden im gesamten Bundesgebiet 16 ein- oder zweitägige Seminare statt:

- Zukunftsthemen des Radverkehrs standen bereits im Fokus der ersten drei Seminare (Nov./Dez. 2013), in denen vielversprechende Trends bei Themen wie Pedelecs, Fahrradverleihsystemen und Radschnellwegen mit Blick auf Nutzen und Übertragbarkeit in Deutschland diskutiert wurden.
- Aktuelle Neuerungen in Rechtsrahmen und Regelwerk werden aufgrund der ungebrochen hohen Nachfrage auch im Programmjahr 2014 wieder vertiefend vorgestellt. Ab Januar 2014 stehen StVO, VwV-StVO und ERA – die wichtigsten Werkzeuge der Radverkehrsförderung – im Mittelpunkt von fünf Seminaren.
- Ab März 2014 wird die speziell für die Zielgruppen Polizei, Unfallkommissionen und Ordnungsbehörden zugeschnittene Seminarreihe für mehr Sicherheit im Radverkehr wieder an fünf Terminen angeboten.
- Wie neue Qualitätsstandards im Fahrradparken erreicht werden können und die Integration mit dem öffentlichen Nahverkehr gelingt, behandelt die vierte Seminarreihe ab April 2014. Mit der VDV-Akademie konnte die Fahrradakademie hierfür auch einen neuen Kooperationspartner gewinnen.

Für die Entscheidungs- und Leitungsebene in Politik und Verwaltung bietet die Fahrradakademie außerdem eine Exkursion nach Antwerpen, Gent und Breda an. Lange Zeit im Schatten traditioneller Fahrradregionen gelegen, lassen sich dort zwischen verkehrsberuhigten Innenstädten und Radschnellwegen mittlerweile die Erfolge einer integrierten Mobilitäts- und Stadtplanung erleben.

Die Fahrradakademie wird vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung gefördert. Der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag sowie der Deutsche Städte- und Gemeindebund unterstützen die Akademie.

Weitere Informationen:

Sebastian Bührmann,
M.A., PBD Urb. (Canada)
Telefon: 030/39001-108
E-Mail: buehrmann@difu.de
www.fahrradakademie.de



Quelle: Stadt Gent



Staatssekretär Rainer Bomba



Dr. Ulrich Maly



Prof. Dr. Dr. Klaus Töpfer



Dr. Ulrich Hatzfeld



Dr. Stephan Articus



Ephraim Gothe



C. Genz und V. Schulze-Dieckhoff



Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann

Fotos: Difu

Wie leben wir künftig in Deutschlands Städten?

40 Jahre Difu – 40 Jahre Engagement für die Städte: Difu feierte rundes Jubiläum mit prominenten Gästen

„Wie sollten wir künftig in unseren Städten leben?“ ist die Frage, um die sich beim Difu alles dreht. Seit vierzig Jahren beschäftigt es sich mit den Herausforderungen, denen sich Stadtverwaltungen und Kommunalpolitik täglich stellen. Oberste Maxime ist dabei der Praxisbezug. Das Difu unterstützt Verwaltung und Politik durch Stadtforschung, Beratung und viele Fortbildungsveranstaltungen. Aber auch Bund, Länder und viele weitere wichtige Institutionen greifen seit Jahren auf die anerkannte Expertise des Difu zurück.

Seinen runden Geburtstag feierte das Institut in drei Teilen: Den Auftakt bildete am 2.9.2013 das traditionelle Difu-Ansprechpartnertreffen, die Jahresversammlung der Difu-Zuwanderstädte und -verbände. Themenschwerpunkte waren die „Verstetigung integrierter Quartiersentwicklung“ sowie die „Anpassung an den Klimawandel“. Am Abend versammelte man sich dann mit vielen Gästen, Freunden und Förderern des Instituts zur Jubiläumsfeier im „Heimathafen Berlin“, der eine hervorragende Location für diesen Anlass war.

„Wenn es das Difu nicht gäbe, müsste es erfunden werden“

Die Grußworte von Rainer Bomba, Staatssekretär, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Ephraim Gothe, Staatssekretär, Land Berlin und Dr. Stephan Articus, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, sowie die Rede von Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister von Nürnberg und Präsident des Deutschen Städtetages, „Wenn es das Difu nicht gäbe, müsste es erfunden werden“, verdeutlichten in prägnanter und zugleich humorvoller Form die Difu-Arbeitsbilanz nach 40 Jahren Forschung für die Städte. Diese Beschreibungen waren nicht nur beeindruckend für die externen Gäste. Auch die Difu-Mitarbeiter hat dieser Zuspruch erfreut und für die weitere Arbeit motiviert.

Da das Difu-Jubiläum fast zeitgleich mit dem 65. Geburtstag von Institutsleiter Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann zusammenfiel, ließen Difu-Mitarbeiter und viele seiner Wegbegleiter es sich nicht nehmen, ihn mit der Sonderveröffentlichung „Urbane Räume in Bewegung“ (s. S. 4-5) zu überraschen, die ohne das Wissen des Jubilars entstanden war.

Der Morgen des 3.9. startete dann – ganz Difu-like – mit einem Symposium, bei dem es um nichts Geringeres als die „Zukunft der Stadt – Neue Herausforderungen brauchen neue Lösungen“ ging. Auch hier nahmen viele prominente Gäste als Redner und Diskutanten teil. Große Aufmerksamkeit sowie großen Applaus erhielt Prof. Dr. Dr. Klaus Töpfer, Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) Potsdam für seine Rede zu den künftigen Herausforderungen für Städte und Stadtforschung. Direkt im Anschluss kommentierten die jungen Wissenschaftlerinnen Carolin Genz und Viola Schulze-Dieckhoff den Vortrag aus der Perspektive der jungen Generation. Mit dem interessanten Vortrag „Städtische Energien – Zukunftsaufgaben der Städte“ leitete Dr. Ulrich Hatzfeld, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) schließlich in die acht Einzel-Foren zu den zentralen städtischen Schwerpunktthemen über:

- Forum 1 Städte als Lebensorte – Bewältigung der sozialen Spaltung
- Forum 2 Städte als Labore nachhaltiger Finanzierung
- Forum 3 Städte als Orte der Daseinsvorsorge und Infrastruktur
- Forum 4 Städte als Motoren von Ressourceneffizienz, Klimaschutz und -anpassung
- Forum 5 „Stresstest“ Bürgerbeteiligung
- Forum 6 Wirtschaft (m)Macht Stadt
- Forum 7 Wenn Bürger stiften gehen ...
- Forum 8 Kommunalpolitik

Den Abschluss bildete das Podiumsgespräch „Ideen und Lösungen für die Zukunft: Wie viel Forschung braucht die Praxis – wie viel Praxis braucht die Forschung?“. Praxisvertreter gaben aus unterschiedlicher Perspektive interessante Inputs: Christian Specht, Erster Bürgermeister, Mannheim, Ephraim Gothe, Staatssekretär Senatsverwaltung, Berlin, Dr. Markus Eltges, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Hilmar v. Lojewski, Leiter des Dezernats Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und Verkehr, Deutscher Städtetag.

Die Hauptmoderation der zweitägigen Veranstaltung lag in den professionellen Händen von Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann, Dr. Stephanie Bock und Dr. Elke Becker.

Weitere Informationen:

Sybille Wenke-Thiem

Telefon: 030/39001-209

E-Mail: wenke-thiem@difu.de

Internet: <http://www.difu.de/presse/2013-09-02/40-jahre-difu.html>

Ombudschaften: Beschwer(d)en willkommen?

Alle in der Kinder- und Jugendhilfe tätigen Fachkräfte wissen, dass eine Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien an sozialpädagogischen Entscheidungen, die ihr Leben betreffen, nicht immer konfliktfrei ist. Geeignete Verfahren, mit deren Unterstützung die Entscheidungskriterien der Jugendämter für eine bestimmte Hilfe gemeinsam hinterfragt werden können, sind deshalb wichtig. Die Einrichtung eines internen Beschwerdemanagements in Jugendämtern sowie kommunale Ombudschaftsstellen bieten sich hier an. Ziel ist es, Qualität zu sichern, aus Fehlern zu lernen und in der Folge entsprechende Änderungen in der Organisation(kultur) im Jugendamt vorzunehmen. Zu dieser Thematik wurde am 25. und 26. April 2013 eine Veranstaltung der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe mit dem Titel „Beschwerdemanagement und Ombudschaft – eine Qualitätsstrategie für die Jugendämter?“ im Difu durchgeführt.

Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhard Wiesner, Ministerialrat a.D., Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, bemerkte in seinem Einführungsreferat „§ 79a SGB VIII – Dimensionen der Qualitätsentwicklung im Jugendamt“, dass das Bundeskinderschutzgesetz die Qualitätsentwicklung in allen Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe in den Blick nehme. Die Umsetzung sei eine große Herausforderung für die Jugendämter, die die Frage einschließe, ob Beschwerden im Jugendamt und bei freien Trägern willkommen sind. Die Kinderschutzdebatte habe hier neue Impulse gesetzt und es brauche nun eine Kultur des Dialogs, unter Beachtung der strukturellen Machtasymmetrie zwischen Fachkräften und Klienten. Praktische Beispiele hierzu wurden aus den Jugendämtern Magdeburg und München vorgestellt.

Prof. Dr. Peter Schruth, Hochschule Magdeburg-Stendal, sprach über „Ombudschaft“ und sagte, Ombudschaft sei Aufklärung, Partizipation und Widerspruch. Viele Klienten haben erfahren, dass Vertrauen in das Amt nicht ausreicht, es braucht geeignete Verfahren, die weiterhelfen, wenn Klienten nicht in der Lage sind, den Diskurs mit den Fachkräften allein zu führen. Werden diese Verfahren gefunden, so werden Klienten zu Beteiligten. Dies sei die Grundlage für Erfolg. Da, wo Sprache fehle, sei der Beistand durch Dritte eine wichtige Stärkung Betroffener.

Zu fragen sei, ob betroffene Eltern und Kinder zu wenig an den für sie wichtigen Entscheidungen beteiligt werden und genügend Anerkennung und Wertschätzung durch Fachkräfte von Jugendämtern bei der Bewältigung oftmals schwieriger Lebenslagen erfahren. Bei Ombudschaft dürfe deshalb nie außer Acht gelassen werden, welche „Begründungsanker“ maßgeblich sind: in erster Linie kinderrechtliche und sozialökonomische Aspekte. Notwendig sei die Entwicklung einer niedrigschwelligen Beratungsmethodik und die Bildung von Netzwerken zum Erfahrungsaustausch.

Vier regionale Initiativen stellten hierzu ihre Arbeitsweise und Erfahrungen vor. Mit dabei waren die Initiative „Habakuk“, Baden-Württemberg, der Kinder- und Jugendhilfrechtsverein e.V., Sachsen, der Berliner Rechtshilfefonds Jugendhilfe e.V. (BRJ), Berlin sowie die Ombudschaft Jugendhilfe NRW, Nordrhein-Westfalen.

In der Abschlussdiskussion erinnerte Jörg Freese, Deutscher Landkreistag, Berlin, an die Erkenntnis des Runden Tisches Heimerziehung und dass neben vielem anderen die Ohnmacht eine besonders schlimme Erfahrung für die ehemaligen Heimkinder war. Auch heute sei es oft noch schwer für Kinder, die in Einrichtungen leben, sich an jemanden zu wenden, wenn sie sich ungerecht behandelt fühlen. Insofern sei ein System der Beschwerde- und Ombudschaft für Kinder und Jugendliche wichtig und notwendig. Auf der Tagung habe er aber erfahren, wie sehr sich das Verständnis von Ombudschaft gewandelt habe, mehr die Interessen von Eltern im Vordergrund stehen und nicht die „Stimmen der Kinder“ gehört werden. Dr. Maria Kurz-Adam, Leiterin des Jugendamtes München, war sich einig mit Jörg Freese, dass es unabdingbar ist, sich zu vergewissern, wo die Kinder in den vorgestellten Konzepten bleiben.

Die vorgestellten Initiativen vermittelten den Eindruck, es ginge weniger um Zusammenarbeit als um Durchsetzung von Elterninteressen und um missverständene Parteilichkeit. Dies sei mit zu bedenken, auch vor dem Hintergrund der Herausforderungen, die die Kollegen gerade im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) oder in der Bezirkssozialarbeit täglich bewältigen.



Klaus Guido Ruffing, Leiter des Jugendamtes Saarpfalz-Kreis
Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhard Wiesner, Ministerialrat a. D., BMFSFJ, Berlin



Jana Frädrieh, Kinderbeauftragte, Jugendamt München



Johannes Horn, Leiter des Jugendamtes Düsseldorf
Prof. Dr. Peter Schruth, Hochschule Magdeburg-Stendal



Plenumsdiskussion
Fotos: Rita Rabe

Weitere Informationen:
AG Fachtagungen
Jugendhilfe im Difu
Dipl.-Soz. Kerstin Landua
Telefon: 030/39001-135
E-Mail: landua@difu.de



Babeth Janitz und Manuela Witt,
Jugendamt Schwerin



Wolfgang Ruthemeier und
Uta Heidelbach,
Jugendamt Osnabrück



Prof. Dr. Christian Schrapper,
Universität Koblenz-Landau;
Astrid Diers, Jugendamt
Hamburg-Altona



Bert Kaufmann, Jugendamt
Bremen

Fotos: Rita Rabe

Weitere Informationen:
AG Fachtagungen
Jugendhilfe im Difu
Dipl.-Soz. Kerstin Landua
Telefon: 030/39001-135
E-Mail: landua@difu.de

Haftungsrisiko Kinderschutz – Blockade oder Motor?

Haftungsrisiko Kinderschutz ein bundesweites Thema

200 Fachkräfte der öffentlichen und freien Kinder- und Jugendhilfe trafen sich am 10. und 11. Oktober 2013 in Berlin zur Fachtagung „Haftungsrisiko Kinderschutz – Blockade oder Motor“. Im Mittelpunkt der Tagung stand die fachliche Weiterentwicklung der Kinderschutzarbeit. Prof. Dr. Christian Schrapper, Universität Koblenz-Landau, stellte eingangs fest: „Haftungsrisiko Kinderschutz liegt bundesweit in der Luft“. Er fügte erklärend hinzu, dass die drei Begriffe „Risiko“, „Haftung“ und „Kinderschutz“ derzeit in einer sehr spannungsgeladenen Verbindung zu stehen scheinen. Dies habe auch viel damit zu tun, ob man das Gefühl habe, verantwortungsvoll mit dem Risiko umgehen zu können und die dafür erforderliche Ausstattung zur Verfügung stehe.

Eine Premiere der anderen Art

Herzstück dieser Fachtagung waren fünf Foren, in denen die Kinderschutzarbeit an den Fällen „Lea-Sophie“ in Schwerin, „Laura-Jane“ in Osnabrück, „Lara-Mia“ in Hamburg, „Kevin“ in Bremen und „Zoe“ in Berlin-Pankow vorgestellt wurde. Es ging dabei nicht darum, die jeweiligen Fälle zu analysieren oder gar die Schuldfrage zu diskutieren. Es ging um eine Verständigung darüber, wie die betroffenen Kollegen dieses tragische Ereignis, dass ein kleines Kind in ihrem Verantwortungsbereich zu Tode gekommen ist, erlebt und verarbeitet haben: womit sie konfrontiert wurden, wie sie damit umgegangen sind, was sich im Amt verändert hat und was sie anderen Kollegen in ähnlicher Situation empfehlen würden.

Prof. Schrapper betonte die Besonderheit, dass sich Kollegen aus fünf Jugendämtern in einer fachöffentlichen Debatte über ihre persönlichen Erfahrungen äußern, „wie es ist, wenn es einem passiert“. Es waren sehr emotionale Stunden, viele dieser Schilderungen haben tief bewegt und gezeigt, wie belastend es persönlich für die einzelne Fachkraft ist, wenn ein Kind zu Schaden kommt und was für schwierige Situationen diese Kollegen durchgestanden haben, die zum Teil bis heute nachwirken. Bei der Nachlese im Plenum wurde darüber diskutiert, ob das Wagnis gelungen ist, mit Fachkollegen über ihre Erfahrungen mit schwierigen, problematischen, gescheiterten Fallverläufen produktiv und offen, aber nicht verletzend, zu sprechen.

„Durch die Gespräche über diese Fälle findet eine Enttabuisierung dieses Themas statt. Die Angst ist immer gegenwärtig, aber man guckt sich solche Fälle oft lieber nicht genauer an. Hier empfinde ich es so, als hätten wir uns der Angst direkt gestellt und hätten das Thema aus der Tabuzone geholt. Man konnte es sehr gut nachvollziehen, was berichtet wurde, und man konnte sich darüber austauschen. Dadurch ist ein ganz anderer Umgang mit dem Thema für die einzelnen Personen möglich geworden. Das halte ich für sehr wichtig.“ (Kommentar einer Teilnehmerin)

„Ich habe mich – ähnlich wie die Kollegin aus Hamburg – sehr wohl und gut angenommen gefühlt in meinem Forum und hatte keine Probleme, über den Fall zu sprechen. Mir kam es so vor, als sei es auch ein Stück Verarbeitung für mich. Ich habe mich auch bei dem Forum bedankt, weil es wirklich angenehm war, wie die Kollegen mitgegangen sind.“ (Kommentar eines Referenten)

Den Risikobegriff neu denken?

Anschließend stand die Frage im Raum, ob sich mit solchen Debatten der Blick auf den Umgang mit dem Risiko zu verändern beginnt. Risiken müssen eingegangen werden und es lohnt das Nachdenken über eine andere Auffassung von Risiko im Kinderschutz. Dieser sei nicht nur im Sinne von Gefahrenabwehr zu betrachten. Es kommt darauf an, Eltern in die Lage zu versetzen, für ihre Kinder zu sorgen. Das ist letztendlich das Risiko, das es zu wagen gilt und diese Verantwortung zu tragen, ist vielleicht schwieriger als das Haftungsrisiko. In diesem Sinne war die öffentliche Fachdebatte auf dieser Tagung sehr hilfreich, weil sie für die Beteiligten und Fachkräfte wichtige Einblicke, Reflexionen und auch Verarbeitung ermöglicht(e). Und es wurde sehr viel gute Kinderschutzpraxis vorgestellt, die in der Tagungsdokumentation zusammen mit allen anderen Beiträgen nachlesbar sein wird.

Judith Pfenning und Simone Matthe,
Bezirksjugendamt Pankow, Berlin;
Wulfhild Reich, Jugendamt Stuttgart



Auftakt zur Forschung für ein sicheres Wohnumfeld

Am 10. September 2013 fand in Hannover die Auftaktveranstaltung zum Forschungsprojekt „Kriminalprävention für ein sicheres Wohnumfeld – Transdisziplinäre Sicherheitsstrategien für Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommunen (transit)“ statt. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert.

Das Leben und damit die Anforderungen an städtische Räume verändern sich rasant, wohingegen bauliche Strukturen auf Langlebigkeit ausgerichtet sind. Nicht immer sind Stadtquartiere oder das Wohnumfeld auf die veränderten Sicherheitsanforderungen vorbereitet. Aufbauend auf dem Wissen, dass städtische Räume eine Vielzahl unterschiedlicher Anforderungen erfüllen müssen, ist es entscheidend, kriminalpräventive Konzepte nicht als zusätzlichen, sondern als integralen Bestandteil in die tägliche Arbeit der Verantwortlichen vor Ort zu implementieren. Das Forschungsprojekt soll dazu beitragen, Strategien von Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommunen für ein sicheres Wohnumfeld transdisziplinär zu erarbeiten.

Begrüßt wurden die Teilnehmer durch MinR Dr. Wolf Junker (BMBF) und den Staatssekretär im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport Stephan Manke. In einleitenden Vorträgen wurde die niedersächsische Perspektive erläutert durch den Präsidenten des Landeskriminalamtes Niedersachsen Uwe Kolmey, den Geschäftsführer des Niedersächsischen Städtetages Christian A. Geiger und Carsten Enz, der den Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Niedersachsen/Bremen vertritt. Den Blick aus europäischer Perspektive auf das Forschungsprojekt lieferten Claudia Prinz-Brandenburg von der Magistratsdirektion der Stadt Wien, Caroline Davey und Andrew Wootton vom Design Against Crime Solution Centre der University of Salford und Clara Cardia vom Laboratorio Qualità Urbane e Sicurezza des Politecnico di Milano. Auf der transit-Projektseite sind unter der Rubrik „stand der dinge“ detaillierte Informationen zur Auftaktveranstaltung, Vortragsfolien, Fotos sowie viele weitere Informationen zum Projekt zu finden.

Kooperationsvereinbarung zwischen Difu und TU geschlossen

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) und die Technische Universität Berlin (TU Berlin) haben im Oktober 2013 eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen. Das von Difu-Institutsleiter Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann sowie dem Präsidenten der TU Berlin, Prof. Dr.-Ing. Prof. h. c. Jörg Steinbach unterzeichnete „Memorandum of Understanding“ richtet sich vor allem auf die strategische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Stadtentwicklung. Auf diese Weise sollen die bereits seit Jahren gepflegten wissenschaftlichen Kontakte zwischen den beiden Institutionen verstärkt und Synergieeffekte stärker genutzt werden.

Neben der Verbesserung des Austausches und der Netzwerkbildung zählen insbesondere die Zusammenarbeit in Forschung und Lehre sowie die gemeinsame Nutzung der jeweiligen Infrastruktur zu den Schwerpunkten der Kooperation. In der Forschung sind

die gemeinsame Beantragung und Bearbeitung von Forschungsprojekten, die Durchführung von Fachveranstaltungen, die gemeinsame Betreuung von Promovierenden sowie die Beteiligung des Difu an Promotionsvorhaben geplant. Auch in der Lehre wird die Kooperation zukünftig vertieft: bei der Erstellung von Lehr- und Fortbildungsangeboten, bei der Berufung von Professoren und Professorinnen, bei der Organisation und Durchführung von Erfahrungsaustauschen sowie im Bibliotheks- und Datenbankbereich.

Halbjährlich, jeweils wechselnd im Difu und in der TU Berlin stattfindende Statuskonferenzen, in denen Kooperationswünsche und Zusammenarbeitsmöglichkeiten abgestimmt werden, sollen künftig für Kontinuität in der Zusammenarbeit sorgen. Mit der Kooperationsvereinbarung wollen beide Institutionen ihr Kompetenzfeld der Stadtentwicklung nachhaltig ausweiten.



Weitere Informationen:

Dr. phil. Holger Floeting
Telefon: 030/39001-221
E-Mail:
urbane-sicherheit@difu.de
<http://www.transit-online.info>

Handsclag nach der Unterzeichnung des „Memorandum of Understanding“

Foto: Sabine Wede



Weitere Informationen:

Sybille Wenke-Thiem
Telefon: 030/39001-209
E-Mail: wenke-thiem@difu.de



Foto: Doris Reichel

Difu aktiv-Ticker – Auswahl

Wolfgang Aichinger hielt am 17.10. auf der österreichischen FußgängerInnen-Konferenz „walk-space“ in Linz einen Impulsvortrag zum Thema „Nahmobilität in Zeiten des Klimawandels“.

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann hielt am 8.7. einen Vortrag im Themennetzwerk „Mobilität & Logistik“ des Berliner Hauptstadtbüros der acatech. Am 7.8. nahm er an der Sitzung der Jury „Deutschland – Land der Ideen“ in Berlin teil, hielt am 26.8. in Berlin im Rahmen der DIHK-Veranstaltung „Die Rolle der Partner in Smart-Cities-Prozessen“ den Vortrag „Nationale Plattform Zukunftstadt“ und beteiligte sich am 28.8. als Experte an der Anhörung der Bodewig-Kommission zur „Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“. Auf dem Difu-Symposium: „Zukunft der Stadt: Neue Herausforderungen brauchen neue Lösungen“ referierte er am 3.9. zum Thema „Integrierte Stadtentwicklung – Illusion, Hoffnung oder Realität?“ sowie am 19.9. in Münster im Rahmen der von WWU Münster und Stadt Münster veranstalteten Tagung „Höher, schneller, weiter? Erfolgsfaktoren für nachhaltige Stadtentwicklung“ zu „Erfolgsfaktoren und Hemmnissen für eine nachhaltige Stadtentwicklung“. Auf der DWA-Bundestagung „Wasserwirtschaft – heute für das Morgen handeln“, hielt Beckmann am 24.9. in Berlin den Vortrag „Stadtentwicklung und Herausforderungen für die Wasserwirtschaft“ und referierte in Hamburg im Rahmen der DASL-Jahrestagung 2013 „Beiträge zu einer ökologisch orientierten Moderne“ zu „Beteiligungsverfahren nach Stuttgart 21 – Folgen/Ereignisse in Stadtentwicklung und Städtebau“. Am 9.10. nahm er in Dresden an einem Expertengespräch im Rahmen der „Dresdner Debatte“ zum Verkehrsentwicklungsplan 2025plus teil und hielt am 14.10. in Eberswalde im Rahmen des 4. Barnimer Gesprächskreises der Friedrich-Naumann-Stiftung den Vortrag „Die Zukunft der Elektromobilität – Perspektiven für Kommunen“.

Dr. Elke Becker wurde am 24.10. von Minister Jörg Vogelsänger, Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg, zum Mitglied der Bewertungskommission der Arbeitsgemeinschaft der Städte mit historischen Stadtkernen im Land Brandenburg berufen.

Christa Böhme wirkte am 25.9. in Leipzig als Jurymitglied und Laudatorin an der Auszeichnungsfeier zum Wettbewerb „Lebenswerte

Stadt“ mit, der von der Stiftung „Lebendige Stadt“ und der Deutschen Umwelthilfe ausgelobt wurde.

Dr. Arno Bunzel beriet am 28.8. die Hansestadt Bremen (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr) im Rahmen eines internen Workshops zu den Möglichkeiten und Rahmenbedingungen der Aufstellung eines Landesraumordnungsplans.

Ines Fauter hielt am 30.9. auf der „5. Klima- und Energiekonferenz des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages“ in Kiel einen Vortrag zu „Aktuelle Fördermöglichkeiten für Kommunen zur Anpassung an den Klimawandel“.

Dr. Holger Floeting hielt am 19.8. in Hannover auf der Jahrestagung der Sicherheitspartnerschaft im Städtebau, die vom Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration veranstaltet wurde, den Vortrag „Sichere Städte: Handlungsansätze ausgewählter kommunaler Akteure“. Am 18.9. referierte er in Hildesheim auf dem 9. Niedersächsischen Präventionstag, der vom Landespräventionsrat und Landeskriminalamt Niedersachsen sowie vom niedersächsischen Justizministerium durchgeführt wurde, zu „Sicherheit im Übergang zwischen privatem und öffentlichem Raum“ und am 18.10. in Brüssel auf der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und der Nationalen Kontaktstelle Sicherheitsforschung durchgeführten Tagung „Sichere Gesellschaften – Gesellschaftliche Aspekte der europäischen Sicherheitsforschung“ zum Thema „Urbane Sicherheit: Rahmenbedingungen – Forschungsthemen – Herausforderungen“.

Susanne Plagemann hielt am 18.9. im Rahmen eines Workshops zum Fachportal Technikfolgenabschätzung (openTA) im Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) einen Vortrag über „Erfahrungen mit Aufbau und Betrieb von Fachportalen“ am Beispiel des Kommunalweb.

Jörg Thiemann-Linden referierte auf der gesundheitspolitischen Landeskonferenz am 2.7. in Frankfurt a.M. zu Barrierefreiheit und Mobilitätskultur für die alternde Gesellschaft. Beim Kongress der Ibero-amerikanischen Hauptstädte (UCCI) am 18.10. in Quito (Ecuador) berichtete er über aktuelle Fuß- und Radverkehrsförderung in Europa.

Neubeginn im Difu

Seit November 2012 unterstützt **Luise Willen** das Team im Arbeitsbereich Umwelt in Köln. Die Dipl.-Geographin arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin in den Themenfeldern kommunaler Umweltschutz, Klimaschutz sowie Anpassung an den Klimawandel. Sie arbeitete für das Difu im Bund-Länder-Programm Soziale Stadt sowie für die Stadt Köln im Themenbereich Migration und Interkulturelles. Zuletzt war sie Geschäftsführerin des koelnInstitut iPEK. Im Fokus ihrer Arbeit standen Quartier- und Sozialplanung, generationengerechte Wohnkonzepte und neue Wohnformen. Die Beratung von Kommunen, Ministerien, privaten Unternehmen und Initiativgruppen gehörte ebenso zu ihren Tätigkeiten wie die Beteiligung und Vernetzung unterschiedlicher Akteure. Schwerpunkte beim Difu sind die praxisorientierte Verknüpfung unterschiedlicher Fachaspekte mit Themen des Umwelt- und Klimaschutzes.

Ricarda Pätzold ist seit September 2013 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales. Sie arbeitet in den Projekten „Neues Wohnen – gemeinschaftliche Wohnformen bei Genossenschaften“ und „Weiterentwicklung großer Wohnsiedlungen“ und generell im aktuell in vielen Städten außerordentlich relevanten Themenfeld „Wohnen“. Pätzold hat an der TU Berlin Stadt- und Regionalplanung studiert und arbeitete nach ihrem Abschluss neun Jahre am Fachgebiet Stadt- und Regionalökonomie in Lehre und Forschung. Das Spektrum der Forschungsprojekte reichte von Kulturwirtschaft über Sicherheit bis zu Clusterpolitik. Nebenberuflich begleitete sie – vor allem mit dem Büro adrian.prozessnavigation – eine Reihe von Stadtentwicklungsdiskursen, wie das Stadtforum Berlin oder die Vorbereitung der IBA Berlin 2020.

Anett Hübner, M.A., arbeitet seit Oktober 2013 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Team Fahrradakademie/Fahrradportal. Sie ist verantwortlich für die Einführung und Begleitung von E-Learning als Erweiterung des bundesweiten Fortbildungsangebots der Fahrradakademie. Hübner studierte Kommunikations- und Medienwissenschaft mit dem Schwerpunkt Medienpädagogik in Leipzig und arbeitet seit ihrem Abschluss am Universitätskolleg der Universität Hamburg. Während und nach ihrem Studium sammelte sie praktische Erfahrungen mit E-Learning und Blended Learning in den Bereichen Weiterbildung und Hochschule.

Seit Oktober 2013 verstärkt **Dipl.-Geogr. Sabine Schulten** als wissenschaftliche Mitarbeiterin das Team der Fahrradakademie im Arbeitsbereich Mobilität und Infrastruktur. Nach dem Studium der Angewandten Geographie an der Universität Trier arbeitete sie am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie zu Fragen der Daseinsvorsorge im Bereich ÖPNV. Seit 2006 war sie im brandenburgischen Landkreis Barnim als Mitarbeiterin für den ÖPNV tätig und zuletzt auch für den Radverkehr verantwortlich.

Anna-Kristin Jolk arbeitet seit März 2013 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz am Difu-Standort in Köln. Sie unterstützt die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Projekt und wirkt an Veranstaltungen zum kommunalen Klimaschutz mit. Ab Januar 2014 wird sie das Team im Forschungsprojekt „Kommunale Strukturen, Prozesse und Instrumente zur Anpassung an den Klimawandel“ verstärken. Sie studierte Geographie mit Nebenfächern Ökologie und Politik in Göttingen und Stockholm. Zurzeit strebt sie den Masterabschluss Raumplanung an der TU Dortmund an.



Luise Willen
Foto: privat



Ricarda Pätzold
Foto: Annette Koroll



Anett Hübner
Foto: Anja Hofmann



Anna-Kristin Jolk
Foto: privat



Sabine Schulten
Foto: Katy Otto



Auswahl neuer Veröffentlichungen im Difu-Inter- und -Extranet

Online-Publikationen, Seminardokus, Vorträge

Infos im Difu-Extranet

Im Difu-Extranet sind Vorträge, Seminardokumentationen und -berichte, Veröffentlichungen und viele weitere kommunalbezogene Informationen zu finden. Über die Difu-Homepage gelangen Zuwender an diese exklusiven Informationen über die Rubriken „Publikationen“ bzw. „Extranet“.

Ausschließlich Rat und Verwaltung aus Difu-Zuwenderstädten bzw. -Verbänden haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet: www.difu.de/extranet/

Übersicht der Difu-Zuwender: <http://www.difu.de/institut/zuwender>

Weitere Informationen:

Susanne Plagemann, M.A.
Telefon: 030/39001-274
E-Mail: plagemann@difu.de

Veröffentlichungen

Difu-Berichte Heft 4/2013

<http://www.difu.de/publikationen/difu-berichte-aktuell>

Klimaschutz & Mobilität

<http://www.difu.de/publikationen/2013/klimaschutz-mobilitaet.html>

KommAKlima

Kommunale Strukturen, Prozesse und Instrumente zur Anpassung an den Klimawandel
<http://www.difu.de/publikationen/2013/kommaklima.html>

Demographischer Wandel – Herausforderungen und Handlungsempfehlungen für Umwelt- und Naturschutz

<http://www.difu.de/publikationen/2013/demographischer-wandel-herausforderungen-und.html>

Räumliche Implikationen der Energiewende

<http://www.difu.de/publikationen/2013/raeumliche-implikationen-der-energiewende.html>

Towards Circular Flow Land Use Management

<http://www.difu.de/publikationen/2013/towards-circular-flow-land-use-management.html>

Veranstaltungsdokumentationen

Strategien der Stadtentwicklung – Neue Leitbilder und Konzepte

<http://www.difu.de/dokument/strategien-der-stadtentwicklung-neue-leitbilder-und.html>

Den Wandel gestalten – Change-Management in der öffentlichen Verwaltung

<http://www.difu.de/dokument/den-wandel-gestalten-change-management-in-der.html>

Difu-Ansprechpartnertreffen 2013

<http://www.difu.de/veranstaltungen/2013-09-02/ansprechpartnertreffen-2013-des-deutschen-instituts-fuer.html>

Haushaltskonsolidierung unter neuen Vorzeichen?

<http://www.difu.de/dokument/haushaltskonsolidierung-unter-neuen-vorzeichen.html>

Vorträge

Elektromobilität und Stadtentwicklung

Von Klaus J. Beckmann
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2013-09-26/elektromobilitaet-und-stadtentwicklung-wo-stehen-wir.html>

Stadtentwicklung und Herausforderungen für die Wasserwirtschaft

Von Klaus J. Beckmann
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2013-09-23/stadtentwicklung-und-herausforderungen-fuer-die.html>

Erfolgsfaktoren und Hemmnisse für eine nachhaltige Stadtentwicklung

Von Klaus J. Beckmann
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2013-09-19/erfolgsfaktoren-und-hemmnisse-fuer-eine-nachhaltige.html>

Sicherheit im Übergang zwischen privatem und öffentlichem Raum

Von Holger Floeting
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2013-09-18/sicherheit-im-uebergang-zwischen-privatem-und-oeffentlichem.html>

Kommunale Handlungspotenziale für die Energiewende

Von Ulrike Vorwerk
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2013-09-10/kommunale-handlungspotenziale-fuer-die-energiewende.html>

Integrierte Stadtentwicklung – Illusion, Hoffnung oder Realität?

Von Klaus J. Beckmann
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2013-09-03/integrierte-stadtentwicklung-illusion-hoffnung-oder.html>

Ersatzneubau kommunale Straßenbrücken

Von Wulf-Holger Arndt, Busso Grabow, Klaus J. Beckmann u. Marion Eberlein
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2013-06-30/ersatzneubau-kommunale-strassenbruecken.html>

Mobilität der Zukunft in Stadt und Region

Von Klaus J. Beckmann
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2013-06-26/mobilitaet-der-zukunft-in-stadt-und-region.html>



Das Difu auf Facebook

Neuigkeiten aus dem Difu gibt es auch auf Facebook. Die Difu-Facebook-Seite ist öffentlich zugänglich, auch ohne eigenen Facebook-Account. Registrierte Facebook-Nutzer, die den „Gefällt mir“-Button auf der Difu-Facebook-Seite anklicken, erhalten zeitgleich mit der Veröffentlichung aktuelle Infos aus dem Difu auf ihre Facebook-Neuigkeitenseite gepostet.

<https://www.facebook.com/difu.de>

Weitere Informationen:

Sybille Wenke-Thiem
Telefon: 030/39001-209
E-Mail: wenke-thiem@difu.de

Mediennachlese – Auswahl

[...] Der Berliner Volksentscheid ist nicht der erste zum Thema. Gerade wurde in Hamburg erfolgreich über den Rückkauf der Energienetze abgestimmt. Experten registrieren ein wachsendes Interesse, dass Dinge wie Strom oder Gas nicht in privatem Besitz verbleiben. Jens Libbe (Deutsches Institut für Urbanistik): „Ein privater Energieversorger arbeitet gewinnorientiert. Ein öffentliches Unternehmen hat neben der Gewinnerzielung auch andere Zwecke, so genannte öffentliche Zwecke. Und aus den Gewinnen eines solchen Unternehmens können auch andere Dienstleistungen, wie etwa Bäderbetrieb und öffentlicher Nahverkehr finanziert werden.“

ZDF heute, 3.11.2013

Nach dem erfolgreichen Volksentscheid in Hamburg Ende September nun also eine Abstimmung in Berlin. Überall in Deutschland bilden sich momentan Initiativen, die Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Strom, Wasser und Gas wieder in den Schoß der Kommune zurückholen wollen. Die Menschen wollen mitentscheiden, was mit ihren Netzen geschieht. [...] Die Kommunen und ihre Bürger denken also um. Nach einem Privatisierungstrend in den 1980er-Jahren schlägt das Pendel jetzt zurück, beobachtet Jens Libbe vom Deutschen Institut für Urbanistik: „Das hat auch etwas zu tun mit einer generellen Renaissance des Staates im Zuge der globalen Finanzkrise. Ein weiterer Treiber ist sicherlich die Energiewende. Die Städte merken, dass sie mit einem eigenen Stadtwerk einen größeren Gestaltungsspielraum bei der lokalen Energiewende besitzen, sprich, sie können mit einem eigenen Stadtwerk gezielter gestalten als ohne.“ [...]

Deutschlandradio, 2.11.2013

Beim Deutschen Institut für Urbanistik fand ein Wechsel an der Spitze statt. Martin zur Nedden, Präsident der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL) und zuletzt Bürgermeister und Beigeordneter für Stadtentwicklung und Bau der Stadt Leipzig, tritt die Nachfolge von Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann an, der aus Altersgründen ausschied. Zum 1. Januar 2014 übernimmt der 61-Jährige zur Nedden die Leitung des Stadtforschungsinstituts. [...] Im Difu ist der neue Leiter kein Unbekannter. Seit längerer Zeit ist er Mitglied des wissenschaftlichen Beirates. [...] **Behörden Spiegel, 1.11.2013**

[...] Das Geschäft lohnt sich. Denn die Netzbetreiber können auf eine gesetzlich garan-

tierte Rendite auf das eingesetzte Kapital bauen, derzeit liegt sie zwischen sieben und neun Prozent. Ein traumhafter Wert, gemessen an der Rendite vieler anderer Geldanlagen. Entsprechend hoch sind die Erlöse für die Kommune. „Der Zeitpunkt für die Re-kommunalisierung“, so befand auch das Deutsche Institut für Urbanistik, „ist günstig“, angesichts günstiger Kommunalkredite. Die Differenz zwischen Einnahmen und Zinskosten ist so groß wie nie. [...] **Süddeutsche Zeitung, 31.10.2013**

[...] Viele der etwa 67.000 Straßenbrücken in Deutschland, für die die Kommunen zuständig seien, befänden sich in einem schlechten oder gerade noch ausreichendem baulichen Zustand, warnt das Deutsche Institut für Urbanistik in einer vor kurzem veröffentlichten Studie. Nach ihr müssen viele dieser Brücken bis zum Jahr 2030 entweder saniert oder komplett neu gebaut werden. [...] Die anstehenden Brückensanierungen werden viel Geld kosten. Allein für den Neubau von Brücken in kommunaler Hand beziffert das Institut für Urbanistik die notwendigen Investitionen bis 2030 auf etwas elf Milliarden Euro. [...] Unterließen die Bauherren es, rechtzeitig Brücken zu ersetzen, erhöhten sich mittel- und langfristig die Kosten für die Aufrechterhaltung der Verkehrsinfrastruktur, warnt das Urbanistik-Institut und schlägt vor, ein sich über mehrere Jahre erstreckendes Erneuerungsprogramm aufzulegen. [...] **Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.10.2013**

[...] According to a study conducted by the German Central Bank, real estate prices in the country's seven largest cities are as much as 20 percent above the national average. [...] Experts, including Klaus J. Beckmann, director of the German Institute for Urban Studies (DIFU) in Berlin, have called on especially popular cities and metropolitan areas to make more land available for housing. Beckmann also denied objections from critics that existing real estate soon will no longer be needed due to the shrinking population. „This argument is only accurate on the surface because we are really experiencing the opposite development“, he said. „Households are growing smaller and that is why we need more housing for the same number of inhabitants.“ **Deutsche Welle, 24.10.2013**

Der Konflikt einer Stadt ist offensichtlich: Städtische Hauptverkehrsstraßen zeichnen sich durch eine intensive Überlagerung unterschiedlicher Nutzungsinteressen und



Berichte

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkte des Deutschen Instituts für Urbanistik

Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik
Zimmerstraße 15, 10969 Berlin

Redaktion

Sandra Martin (Praktikantin)
Cornelia Schmidt (Red.-Assist.)
Sabine Wede (Praktikantin)
Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.)

Layout + DTP

Elke Postler
Eva Hernández (Titel)

Buchbestellung (bitte schriftlich):

Telefax: 030/39001-275
E-Mail: vertrieb@difu.de
Telefon: 030/39001-253

Redaktionskontakt und Berichterverteiler

Difu-Pressestelle
Telefon: 030/39001-208/-209
Telefax: 030/39001-130
E-Mail: presse@difu.de

Difu online:

<http://www.difu.de>
<https://www.facebook.com/difu.de>
<http://www.kommunalweb.de>

Jahrgang/Erscheinungsweise

Jahrgang 39/vierteljährlich
Stand: 29. November 2013

ISSN

ISSN 1439-6343

Lesbarkeit

Nur zur einfacheren Lesbarkeit und aufgrund des wenigen verfügbaren Platzes verzichten wir darauf, männliche *und* weibliche Schreibformen zu verwenden.

Druck

AZ Druck und Datentechnik GmbH, Berlin. Gedruckt auf umweltfreundliches Papier ohne optische Aufheller; holz- und chlorfrei.

Abdruck

Frei, bei Nennung der Quelle. Belegexemplar/-Link an die Difu-Pressestelle erbeten: presse@difu.de. Anschrift s.o.

Flächenansprüche im öffentlichen und privaten Raum aus. Sie erfüllen eine wichtige Verkehrsfunktion, sind aber auch lebendige Wohn- und Arbeitsorte. Derzeit entstehen laut dem Deutschen Institut für Urbanistik durch eine „Renaissance der Innenstadt“ neue Chancen für die Aufwertung und Revitalisierung dieser Straßenzüge. Deren wachsende Beliebtheit droht jedoch auch, die Nutzenkonflikte in dicht bebauten Gebieten weiter zu verschärfen. [...] **Global Press, 22.10.2013**

[...] Infrastrukturen sind von der Abnahme und Alterung der Bevölkerung betroffen. Doch diese Infrastrukturen der kommunalen Daseinsvorsorge sind Voraussetzung für die Teilhabe der Menschen sowie für die wirtschaftliche Entwicklung. [...] Vor diesem Hintergrund hat das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) im Auftrag der KfW-Bankengruppe den Investitionsbedarf für den altersgerechten Umbau der Infrastrukturen in Städten und Gemeinden ermittelt. Diese Aufgaben haben verpflichtend zugenommen, seit 2001 das Behindertengleichstellungsgesetz verabschiedet worden ist [...]. Doch stehen diese Forderungen zum einem der vom Difu für den Zeitraum 2006 bis 2020 ermittelten Gesamtbedarf an Investitionen in kommunale Infrastrukturen in Höhe von 704 Milliarden Euro und zum anderen Haushaltsengpässe, die aufgelaufenen Schuldenstände und die zu beachtende Schuldenbremse gegenüber. [...] Beitrag von Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann, Sonderbeilage „Infrastruktur“ **DIE ZEIT, 17.10.2013**

[...] Die Quittung für einen Urbanismus, der vor allem Fußgängerzonen aufpolierte und architektonische „Leuchttürme“ installierte, bekommen Sie jetzt: Mieterproteste werden lauter, leere Bürogebäude besetzt, Brachflächen mit sozialen Gärten erobert. Der Ruf nach einer sozialen Stadt schallt durch die Straßen. Zu Recht. „Wir haben insbesondere im Westen in vielen Städten Engpässe auf dem Wohnungsmarkt“, sagt Klaus Beckmann vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu). [...] **ZEIT Wissen, 1.10.2013**

Der Zustand der Verkehrswege in Deutschland ist alarmierend. Das gilt nicht nur für Straßen, sondern auch für kommunale Brücken, wie die erste umfassende Untersuchung zeigt. [...] Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), die der „Welt am Sonntag“ exklusiv vorliegt, ist vor allem der Zustand von Brücken, für die Städte und Gemeinden zuständig sind, alarmierend: „Knapp die Hälfte der kommunalen Brücken weist problematische oder schlechte Zustände auf“, heißt es darin nach einer

Untersuchung in 456 Städten, Gemeinden und Landkreisen. [...] Die Studie, die unter anderem im Auftrag des Hauptverbands der Deutschen Bauindustrie (HDB) und des Bundesverbands der Deutschen Industrie erstellt wurde, listet erstmals nicht nur den Zustand kommunaler Brücken auf, sondern auch ihre genaue Zahl [...]. 66.714 entsprechende Bauwerke haben die Difu-Experten ermittelt und in einer Stichprobe festgestellt, dass bei rund 15 Prozent der Brücken „Ersatzneubaubedarf“ bestehe. [...] **Welt am Sonntag, 29.9.2013**

[...] L'état des infrastructures du pays, victimes d'un sous-financement chronique, pose également problème. Ponts en mauvais état, routes truffées de nids-de-poule, voies ferrées vétustes.. autant de bombes à retardement qui menacent de paralyser le trafic comme les expéditions des entreprises. „Les investissements dans les infrastructures, après avoir connu un boom à la reunification au début des années 1990, reculent de façon continue depuis vingt ans“, raconte Stefan Schneider, de l'Institute allemande d'urbanisme (Difu). Notamment en cause: les communes allemande, en proie à des problèmes financiers et incapables de prendre en charge l'entre-tien de ces infrastructures, dont elles sont en grande partie responsables. Une étude de l'institute évalue le besoin d'investissement total des communes du pays (des écoles jusqu'aux infrastructures des transport) à 128 milliards d'euros. [...] **La Tribune, 13.9.2013**

Wollen Sie wissen [...] warum „in zehn Jahren das Smartphone das wichtigste Verkehrsmittel sein wird?“ [...] Mobilitäts-Apps [...] sollen bald in jeder Stadt wahlweise die schnellste, sauberste oder günstigste Verbindung zwischen zwei Orten angeben. [...] „Vollständige Informationen müssen sie bieten, zuverlässig und einfach zu bedienen sein“, sagt Klaus Beckmann, der Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) in Berlin. Hier macht man sich Gedanken darüber, was die Städte tun können, um die Mobilität von morgen zu organisieren. Abzusehen ist es schon heute: In Ballungszentren wird sich ein neuer Mix von Verkehrssystemen durchsetzen. [...] „Arbeitgeber mit Weitsicht fangen bereits an, mehr Stellplätze und auch Lademöglichkeiten für E-Bikes anzubieten“, so Beckmann. „Künftig werden die Menschen ihre Fortbewegungsmittel flexibel kombinieren“. [...] Beckmann weiß auch, woran es noch hapert: „Suchen, buchen, abbuchen darf nie mehr als ein paar Klicks in Anspruch nehmen.“ [...] **National Geographic Deutschland, 1.9.2013**

Versandkostenpauschale: Versandkostenpauschale innerhalb Deutschlands: bei einem Bestellwert bis zu 29,- Euro: 2,50 Euro (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen). Über 29,- Euro Bestellwert: kostenfrei.

Rechnungsadresse:Vorname und Name: Institution/Dienststelle: Adresse: Telefon/Telefax: E-Mail: Datum/Unterschrift: **Lieferadresse, nur ausfüllen falls abweichend von der Rechnungsadresse:**Vorname und Name: Institution/Dienststelle: Adresse:

Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Newsletter auf (erscheint kostenfrei alle ein bis zwei Monate und enthält Links zu neuen Inhalten im Difu-Webangebot).

Difu-Impulse

__ Expl. Beteiligungsprozesse – unterschätztes Potenzial in der Verkehrsplanung?

NEU

Dokumentation der Fachtagung „Kommunal mobil“ am 26./27. September 2013 in Dessau-Roßlau
Jürgen Gies und Martina Hertel (Hrsg.)
Bd. 1/2014. Ca. 170 S., Schutzgebühr ca. 20,- Euro
ISBN 978-3-88118-528-8 (erscheint im Januar)

__ Expl. Kommunale Straßenbrücken – Zustand und Erneuerungsbedarf

NEU

Von Wulf-Holger Arndt u.a.
Bd. 6/2013. 140 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-527-1

__ Expl. Wirtschaftsflächen der Zukunft

Flächenentwicklung für wissensintensive Unternehmen.
Fachtagungsdoku, Daniel Zwicker-Schwarm (Hrsg.)
Bd. 5/2013. 140 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-525-7

__ Expl. Jetzt auch noch resilient?

Anforderungen an die Krisenfestigkeit der Städte
Klaus J. Beckmann (Hrsg.)
Bd. 4/2013. 82 S., Schutzgebühr 15,- Euro
ISBN 978-3-88118-520-2

__ Expl. Städtischer Wirtschaftsverkehr

Doku der Internationalen Konferenz 2012 (dt./engl./fr.)
Wulf-Holger Arndt (Hrsg.)
Bd. 3/2013. 248 S., Schutzgebühr 25,- Euro
ISBN 978-3-88118-518-9

__ Expl. Urbanes Landmanagement in Stadt und Region

Urbane Landwirtschaft, urbanes Gärtnern und Agrobusiness
Von Stephanie Bock u.a.
Bd. 2/2013. 120 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-516-5

__ Expl. Altengerechter Umbau der Infrastruktur: Investitionsbedarf der Städte und Gemeinden

Von Marion Eberlein und Anne Klein-Hitpaß
Bd. 6/2012. 108 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-514-1

Difu-Papers (für Difu-Zuwender auch als PDF)

__ Expl. Finanzierung des ÖPNV durch Beiträge

NEU

Ist das Beitragsmodell eine Handlungsoption zur Finanzierung eines attraktiven ÖPNV-Betriebs?
Von Tilman Bracher, Jürgen Gies, Irene Schlünder unter Mitarbeit von Thomas Warnecke und Klaus J. Beckmann
2013. Ca. 40 S., Schutzgebühr 5,- Euro (in Vorbereitung)

__ Expl. Räumliche Implikationen der Energiewende

Positionspapier

Von Klaus J. Beckmann u.a.
2013. 20 S., Schutzgebühr 5,- Euro,
Download: <http://www.difu.de/publikationen/2013/raeumliche-implikationen-der-energiewende.html>

__ Expl. Kommunale Umfragen für den interkommunalen Erfahrungsaustausch nutzbar machen: die Difu-Datenbank kommDEMOS

Von M. Bretschneider, 2013. 36 S., Schutzgebühr 5,- Euro

__ Expl. Kommunale Wirtschaftsförderung 2012: Strukturen, Handlungsfelder, Perspektiven

Von Daniel Zwicker-Schwarm, 2013. 32 S., Schutzgebühr 5,- Euro

Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe

__ Expl. Beschwerdemanagement und Ombudschaft – eine Qualitätsstrategie für die Jugendämter?

Doku der Fachtagung am 25./26. April 2013 in Berlin
AGFJ im Difu (Hrsg.), 2013. Bd. 90, 172 S., 19,- Euro
ISBN 978-3-931418-97-7

__ Expl. Schulversäumnisse – Jugendhilfe und Schule in einem Boot?

Doku der Fachtagung am 14./15. März 2013 in Potsdam
AGFJ im Difu (Hrsg.), 2013. Bd. 89, 172 S., 19,- Euro
ISBN 978-3-931418-96-0

Edition Difu – Stadt Forschung Praxis

__ Expl. Städtebauliche Verträge – Ein Handbuch

NEU

Vierte, aktualisierte und erweiterte Auflage. Mit Berücksichtigung der BauGB-Novelle 2013
Von A. Bunzel, D. Coulmas und G. Schmidt-Eichstaedt
2013. Bd. 12. 466 S., 39,- Euro
ISBN 978-3-88118-508-0

__ Expl. Nicht weniger unterwegs – sondern intelligenter?

NEU

Neue Mobilitätskonzepte
Klaus J. Beckmann und Anne Klein-Hitpaß (Hrsg.)
2013. Bd. 11. 320 S., zahlreiche Abbildungen, 39,- Euro, ISBN 978-3-88118-521-9

__ Expl. Infrastruktur und Stadtentwicklung

Herausforderungen und Handlungsoptionen
Von Jens Libbe, Hadia Köhler und Klaus J. Beckmann
Hrsg. Difu und Wüstenrot Stiftung
2010. Bd. 10. 496 S., zahlreiche Abbildungen, Tabellen, Übersichten, 26,- Euro, ISBN 978-3-88118-483-0

Versandkostenpauschale: Versandkostenpauschale innerhalb Deutschlands: bei einem Bestellwert bis zu 29,- Euro; 2,50 Euro (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen). Über 29,- Euro Bestellwert: kostenfrei.

Rechnungsadresse:

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

Telefon/Telefax:

E-Mail:

Datum/Unterschrift:

Lieferadresse, nur ausfüllen falls abweichend von der Rechnungsadresse:

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Newsletter auf (erscheint kostenfrei alle ein bis zwei Monate und enthält Links zu neuen Inhalten im Difu-Webangebot).

Difu-Arbeitshilfen**__ Expl. Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch**

NEU

3. Auflage unter Berücksichtigung des Innenentwicklungsgesetzes 2013
A. Bunzel (Hrsg.), von A. Strunz, M.-L. Wallraven-Lindl
2013. 172 S., zahlreiche Satzungsmuster, 29,- Euro
ISBN 978-3-88118-526-4

__ Expl. Das Bebauungsplanverfahren nach dem BauGB 2007

Muster, Tipps und Hinweise
Von Marie-Luis Wallraven-Lindl, Anton Strunz, Monika Geiß
2011. 2., aktualisierte Auflage, 224 S., 35,- Euro
ISBN 978-3-88118-498-4

__ Expl. Städtebauliche Gebote nach dem Baugesetzbuch

A. Bunzel (Hrsg.), von M.-L. Wallraven-Lindl, A. Strunz
2010. 188 S., 30,- Euro
ISBN 978-3-88118-486-1

Sonderveröffentlichungen (teilweise auch/nur als Download)**__ Expl. Klimaschutz wird öffentlich. Die Förderung von Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Kommunalrichtlinie**

NEU

Im Auftrag des BMU herausgegeben vom Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz beim Deutschen Institut für Urbanistik
2013. 48 S., kostenlos, **Bestellungen bitte an:** menzel@difu.de

__ Expl. KommAKlima.

NEU

Kommunale Strukturen, Prozesse und Instrumente zur Anpassung an den Klimawandel
Von Vera Völker, Nicole Langel u.a.
2013. 52 S.
Download: <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=UDGFCX67>

__ Expl. Demographischer Wandel – Herausforderungen und Handlungsempfehlungen für Umwelt- und Naturschutz

NEU

Teil I: Literaturstudie, Teil II: Praxisstudie
Von Beate Hollbach-Grömig, Nicole Langel u.a.; Hrsg. Umweltbundesamt
2013. Teil I: 139 S., Teil II: 135 S.
Download: <http://www.difu.de/publikationen/2013/demographischer-wandel-herausforderungen-und.html>

__ Expl. Klimaschutz & Mobilität

NEU

Beispiele aus der kommunalen Praxis und Forschung
Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz beim Deutschen Institut für Urbanistik (Hrsg.)
2013. 126 S., kostenlos
Download: <http://www.difu.de/publikationen/2013/klimaschutz-mobilitaet.html>

__ Expl. Towards Circular Flow Land Use Management

The CircUse Compendium
(im Auftrag des CENTRAL EUROPE Programme)
Thomas Preuß und Maic Verbücheln (Hrsg.)
2013. 80 S., englisch, kostenlos, ISBN 978-3-88118-523-3
Download: www.difu.de/publikationen/2013/towards-circular-flow-land-use-management.html

__ Expl. Urbane Räume in Bewegung

Geschichte, Situation und Perspektive von Stadt
Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)
2013. 420 S., farbig, zahlreiche Abbildungen,
39,- Euro, ISBN 978-3-88118-522-6

__ Expl. Auf dem Weg zu einer kommunalen Beteiligungskultur: Bausteine, Merkposten und Prüffragen

Von Stephanie Bock, Bettina Reimann und Klaus J. Beckmann
2013. 100 S., teilweise farbig, 19,- Euro
ISBN 978-3-88118-524-0

6. Bundeswettbewerb „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention“

Alkoholprävention im öffentlichen Raum
September 2012 bis Juni 2013. Dokumentation
Difu (Hrsg.), im Auftrag der BZgA, 2013. 152 S., vierfarbig,
zahlreiche Fotos und Abb., kostenlos, **Bestellungen nur an die BZgA** (order@bzga.de, Bestellnummer: 33961000)
Download: www.kommunale-suchtpraevention.de

Maßnahmen zum Klimaschutz im historischen Quartier

Kommunale Arbeitshilfe
Difu (Bearb.), BMVBS (Hrsg.)
2013. 86 S., vierfarbig, zahlreiche Fotos, kostenlos
Bestellungen nur an das BMVBS (Bürgerservice BMVBS, Stichwort: Klimaschutz im historischen Quartier)
Download: <http://www.difu.de/publikationen/2013/massnahmen-zum-klimaschutz-im-historischen-quartier.html>

Zeitschriften**__ Expl. Informationen zur modernen Stadtgeschichte**

IMS, Halbjahresschrift, Heft 2/2013:
Stadt, Raum und Gewalt
132 S., Einzelheft 12,- Euro
Jahresabo (zwei Hefte) 19,- Euro

__ Expl. Informationen zur modernen Stadtgeschichte

IMS, Halbjahresschrift, Heft 1/2013:
Westeuropäische Großsiedlungen
184 S., Einzelheft 12,- Euro
Jahresabo (zwei Hefte) 19,- Euro